

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 2/2012



Die Stasi und die Mauertoten

Plattform für einen Täter

Verhaftungswelle beim Papstbesuch

Inhalt

Aktuell

- 3 DDR-Heimerziehung
Millionste Besucherin
Amt verlängert
Nachweise
Berufung
In eigener Sache

Aufarbeitung

- 4 „Täuschen und Vertuschen“
- 5 Der verschwundene Turm

Dokumentiert

- 6 Plattform für einen Täter
- 7 Offener Brief

International

- 8 Drastische Maßnahmen gegen Flüchtlinge
Aktion „Rette meinen Freund“
Verhaftungen während des Papstbesuchs

Berichte

- 9 Gebrochenes Versprechen
- 10 Diskriminierung nicht hinnehmbar
Protest gegen Ausstellungskonzept
- 11 Politikerin mit Gespür

Verbände

- 12 Fünfeichen
Bautzen-Treffen
Bautzen-Forum
UOKG
- 13 Menschenrechtszentrum Cottbus
Mütter-Kinder-Treffen
Werner Adermann
Buchenwald
- 14 Hartwig Bernitt
Suchanzeigen
Ausstellung

Service/Bücher

- 15 Blendwerk-Seelenrisse
- 16 Gerhard Löwenthal
- 17 Der Wurzeln beraubt
Tränenpalast
- 18 In der Wahrheit leben
Schöner Schein
- 19 Der dunkle Ort
Vorankündigung

Service/Veranstaltungen

17-19

Umschlagbild: Ziegelsteindenkmal von Guido Kuhn auf dem Gelände des ehemaligen Zuchthauses Cottbus. Mit der Aktion des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V. „1 Ziegel für 1 Maueropfer“ soll das Werk erweitert werden durch Ziegelsteine mit den Namen von Grenztoten (s. dazu S. 13).

Foto: Sylvia Wähling

Was brauchen wir, was braucht das Land?

Zur Wahl des neuen Bundespräsidenten

Von Rainer Wagner

Selten war ich so angewidert von der veröffentlichten Meinung wie während des Kesseltreibens, daß seit Dezember 2011 gegen den damaligen Bundespräsidenten Wulff veranstaltet wurde. Die Medien von schwarz bis rot übertrafen sich in geheuchelter Sorge um die Sauberkeit des Bundespräsidentenamtes. Sie schürten Neid und Mißgunst, daß es einem übel werden konnte. Daß dem so Vorgeführten und Gejagten in seinen Reaktionen Fehler unterliefen, war gewollt. Und daß es möglich war, das Staatsoberhaupt auf diese Weise zu stürzen, ist kein Ruhmesblatt der Pressefreiheit, sondern eine Schande für die politische Kultur in Deutschland. Wulff wurde erbarmungslos niedergemacht und das Amt des Bundespräsidenten beschädigt.

Nun ist neu gewählt worden. Als Bundesvorsitzender der UOKG habe ich mich frühzeitig auf die Unterstützung Joachim Gaucks festgelegt. Hier und da werde ich gefragt, warum. Aus Verantwortung für unser Anliegen, die Aufarbeitung des kommunistischen Unrechts, und aus Liebe zu unserem Volk, daß in den schwierigen Zeiten einen Halt braucht.

Deutschland braucht einen Bundespräsidenten, der von einer breiten Mehrheit der Menschen gewollt und geachtet ist. Dies ist Joachim Gauck. Sicher kann man immer ein Haar in der Suppe finden. Aber es geht nicht um die Ernennung eines Heiligen, sondern um die Wahl einer glaubwürdigen Persönlichkeit.

Die Probleme der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise sind enorm. Und jede Regierung wird bei der Bewältigung Fehler machen. Vielleicht wird Deutschland sein Engagement mit Inflation und sozialen Verwerfungen bezahlen müssen. Die Politiker in Parlament und Regierung werden dadurch noch weiter das Vertrauen der Bevölkerung einbüßen. In dieser Situation braucht Deutschland ein glaubwürdiges Staatsoberhaupt. Die dazu nötigen Qualitäten bringt Joachim Gauck durch seine grad-

linige Biographie mit. Deshalb genießt er über die politischen Gräben hinweg Achtung und Sympathie.

Wie kann uns Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft der neue Bundespräsident helfen? Hätte er nicht eindeutiger gegen die Stasi-Leute in seiner Behörde vorgehen müssen? Sicher sind Fehler in Gaucks früherer Tätigkeit zu finden. Auch stört sich der eine oder andere an seiner persönlichen Lebensgestaltung. Moralapostel haben sich bereits zu Wort gemeldet.

Aber wir müssen über den Tellerrand kleinlicher Kritik hinaussehen. Der Name Gauck steht in der Öffentlichkeit wie kein anderer für Aufarbeitung des SED- und Stasi-Unrechts. Wenn in den nächsten Jahren dieser Name fällt, wird immer wieder auch unser Schicksal aufklingen. Ob Gauck das Thema anspricht oder nicht. Das wissen seine Gegner in der Linkspartei. Laßt uns kein Wasser auf ihre Mühlen schütten, indem wir Joachim Gauck diffamieren. Sein Thema „Freiheit in Verantwortung“ kann eine moralische Erneuerung der Gesellschaft mit sich bringen.

Historiker gehen davon aus, daß die konsequente Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur erst 20 bis 25 Jahre nach dem Krieg einsetzte. Nun ist der SED-Staat auch schon seit 23 Jahren Geschichte. Die Aufarbeitung steckt immer noch in den Anfängen. Viele ehemalige Funktionäre sitzen an den Schaltstellen der Macht.

Mit Joachim Gauck als Bundespräsidenten besteht die Hoffnung, daß eine tiefgehende gesamtgesellschaftliche Aufarbeitung einsetzt.

Er scheint der rechte Mann zur rechten Stunde. Der rechte Mann, um das beschädigte Amt zu stabilisieren. Der rechte Mann, um das vereinigte Deutschland für den Wert der Freiheit sensibler zu machen. Und der rechte Mann, der die Scheinheiligkeit der Postkommunisten allen vor Augen führt.



Unterstützung für Opfer von DDR-Heimerziehung

(bmf/sfj) Am 26. März stellten Vertreter der zuständigen Bundes- und Landesministerien den Bericht „Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR“ vor. Nachdem der Fond Heimerziehung West eingerichtet sei, so Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, solle nun auch jenen geholfen werden, die unter der Heimerziehung in der DDR gelitten hätten. Der Bericht sei ein erster Schritt zur Aufarbeitung dieses Kapitels in der Geschichte der DDR. Der nächste wichtige Schritt sei die Einrichtung des Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren von 1949 bis 1990“ zum 1. Juli dieses Jahres. Das Unrecht könne damit nicht ungeschehen ge-


macht, doch seine Folgen gemindert oder überwunden werden.

Auf der Grundlage des Berichtes kommen die Bundesregierung und die ostdeutschen Länder zu der Einschätzung, daß

- Zwang und Gewalt für viele Säuglinge, Kinder und Jugendliche in DDR-Heimen eine alltägliche Erfahrung waren
- in den Spezialheimen der Jugendhilfe allgemein die Menschenrechte verletzt und den Betroffenen Bildung verweigert wurde; außerdem wurden sie zur Arbeit gezwungen
- die Erlebnisse in den Heimen zu massiven Beeinträchtigungen der Lebenschancen und Entwicklungspotentiale

der Betroffenen geführt haben, die über den Heimaufenthalt hinaus bis heute nachwirken

- viele Betroffene an den Spätfolgen, schlechten beruflichen Chancen, Stigmatisierungen und psychischen Traumatisierungen leiden.

Für den geplanten Fonds werden Bund und ostdeutsche Länder insgesamt 40 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Damit sollen u.a. Beratungsstellen eingerichtet werden, die bei der Aufarbeitung der Lebensgeschichte, bei der Suche nach Akten und beim Zugang zu Hilfeleistungen und Rentenersatzleistungen aus dem Fonds helfen. 


Millionste Besucherin

(sbm) Seit ihrer Einweihung am 9. November 2000 zählt die Kapelle der Versöhnung auf dem ehemaligen Grenzstreifen zu den zentralen Orten der Gedenkstätte Berliner Mauer. Seit 2000 stieg die Zahl der Besucher der Kapelle kontinuierlich an und erreichte mit mehr als 190 000 allein im Jahr 2011 einen Höhepunkt. Am 23. März wurde von Pfarrer Manfred Fischer und dem Direktor der Stiftung Berliner Mauer, Dr. Axel Klausmeier, die Millionste Besucherin begrüßt.

Im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt, gerade erst wieder für den Gottesdienst

hergerichtet, wurde die alte Versöhnungskirche 1961 eingemauert und lag seitdem unerreichbar im Todesstreifen. Sie wurde zum mahnenden Symbol der Teilung Deutschlands und Europas. 1985 wurde sie von den Grenztruppen der DDR gesprengt. Nach der Wiedervereinigung erhielt die Gemeinde ihr Kirchgrundstück zurück und errichtete die Kapelle der Versöhnung. Die Kapelle ist Gottesdienststätte der Evangelischen Versöhnungsgemeinde und zugleich Teil der Gedenkstätte Berliner Mauer. Hier wird regelmäßig der Todesopfer an der Berliner Mauer gedacht.

Amt verlängert

(epd) Mindestens bis Ende des Jahres 2020 soll es in Berlin das Amt des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen geben. Am 14. Februar beschloß der Berliner Senat die Verlängerung des entsprechenden Landesgesetzes um acht Jahre. Dies wurde u.a. mit dem Verweis auf die erfolgte Verlängerung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und des Stasi-Unterlagengesetzes bis Ende 2019 begründet. Dadurch bestehe weiterhin erheblicher Bedarf an der Wahrnehmung der Aufgaben des Berliner Landesbeauftragten. 

Nachweise


(cs) In den vergangenen Jahren lagerte die Rhenus AG Tausende Sach- und Personalakten ehemaliger DDR-Betriebe. Auf Nachfrage wurde nun mitgeteilt, daß man dort auch weiterhin Personalakten abfordern könne (z.B. als Nachweis bei der beruflichen Rehabilitation). Lohnunterlagen stehen auf Grund der geän-

dernten gesetzlichen Bestimmungen seit dem 31.12.2011 allerdings nicht mehr zur Verfügung.

Kontakt: Rhenus AG & Co. KG Logistikzentrum, Märkische Allee 1-11, 14979 Großbeeren, Tel. (03 37 01) 33 81-00, Fax -11 

Berufung

(mrz) Der Vorstand des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V. hat am 2. April die geschäftsführende Vorsitzende des Vereins, Sylvia Wähling, zur Leiterin der neu errichteten „Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus“ berufen. Der Verein ist Eigentümer der Immobilie und Träger der Gedenkstätte.

nur von Anbeginn den Fördervertrag und die Sanierung des Hafthauses 1 mit Erfolg bewerkstelligt, sondern habe „darüber hinaus als Nicht-Betroffene die nötige Distanz, um die Repressionsgeschichte des Gefängnisses sachlich anzugehen. Andererseits bringt sie auf Grund ihres langjährigen Engagements für die Menschenrechte Einfühlungsvermögen für die Interessen der ehemaligen Häftlinge auf. Diese bilden die Mehrheit der Mitglieder des Menschenrechtszentrums Cottbus.“ 

Sylvia Wähling eigne sich hervorragend für diese Aufgabe, sagte Vereinsvorsitzender Dieter Dombrowski MdL. Sie habe nicht

In eigener Sache

Von der Einführung der Umsatzsteuer mit 19 Prozent des Presseversands bei der Deutschen Post ist auch „der Stacheldraht“ betroffen. Jährlich müssen wir 4500 Euro zusätzliche Eigenmittel aufbringen. Mit Einsparungen allein ist dies nicht zu leisten. Deshalb bitten wir alle Leserinnen und Leser herzlich, unsere Zeitschrift zu unterstützen. Bitte spenden Sie großzügig, damit auch weiterhin die regelmäßige Information der ehemaligen Verfolgten, ihrer Angehörigen, politischer Entscheidungsträger und Interessierter gesichert ist.

Konto: BSV-Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01
BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Vielen Dank!

Die Herausgeber/Die Redaktion

„Täuschen und Vertuschen. Die Stasi und die Mauertoten“

Eine Ausstellung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Am 15. März 1973 ist für Horst Einsiedel der Tag gekommen. Vom Friedhof in Pankow, auf dem sein Vater begraben ist, versucht er mittels einer Friedhofsleiter in den Westen zu flüchten. Kurz bevor er die Grenzmauer überklettern kann, wird er erschossen. Ein Tod an der Mauer, der lange unentdeckt bleibt.

In den frühen 1970er Jahren bestimmt die Politik der deutsch-deutschen Verträge die Schlagzeilen zwischen Ost und West. Die DDR tauscht Erleichterungen im Reiseverkehr und sogenannte

kann den Schießbefehl an der Grenze um den Preis ihrer eigenen Existenz nicht aussetzen. Also hat sie ein großes Interesse, Todesschüsse möglichst zu verheimlichen. Die Stasi, ihre Geheimpolizei, hat den Auftrag, dies unter allen Umständen zu tun.

In diese Zeit fällt auch der Fluchtversuch von Horst Einsiedel. Seine Ehefrau wird lange Zeit im Ungewissen über das Schicksal ihres Mannes gehalten. Stasi-Mitarbeiter, getarnt als Polizisten, täuschen ihr, nachdem sie das Verschwinden ihres Mannes meldet, lange eine Lügengeschichte auf. Der Wagen ihres Mannes sei im Wald gefunden worden, möglicherweise als Folge eines Verbrechens.

Doch die Familie Einsiedel mag dieser Legende nicht glauben. Das erfährt das MfS, weil es gleichzeitig das Wohnhaus der Einsiedels überwacht und die Telefonate mit den Verwandten im Westen kontrolliert. Die Verwandten in West-Berlin schalten einen Anwalt ein. Öffentlichkeit droht, der Fall Einsiedel scheint zu eskalieren. Daraufhin erfindet das MfS eine weitere Legende. Es gibt den Tod zu, ändert aber Todesort und Todesumstände. Jetzt behaupten die Stasi-Mitarbeiter, Einsiedel sei quasi „selbstverschuldet“ ertrunken, als er versucht habe, die Havel zu durchschwimmen. Die Stasi teilt der Familie mit, sie habe den Leichnam im Krematorium Baumschulenweg einäschern lassen und übergibt die Urne den Angehörigen. Ohne es zu ahnen, setzt die Familie die Asche von Horst Einsiedel dann auf dem Friedhof in Pankow bei, auf dem Einsiedel in Wirklichkeit erschossen worden ist.

Nach der Vereinigung werden die tödlichen Schüsse von Grenzsoldaten auf Flüchtlinge an der Mauer in großem Umfang von der Staatsanwaltschaft untersucht. Die Stasi-Unterlagen spielen dabei eine wichtige Rolle. Die Staatssicherheit hat schließlich auch hier ihre Arbeit - die Vertuschung von Todesfällen an der Mauer - sorgfältig dokumentiert. So erfahren, fast 20 Jahre nach seinem Tod, endlich auch Ehefrau und Tochter, wie Horst Einsiedel wirklich starb. Einige seiner Habseligkeiten, Kfz-Papiere, eine

Uhr, Arbeitspapiere finden sich noch im Archiv der Stasi-Unterlagen-Behörde. Das MfS hatte die „Asservate“ der Mauertoten zurückgehalten, um ihre Legenden abzusichern.

Horst Einsiedels Tod ist einer von fünf Todesfällen, mit denen die Ausstellung „Täuschen und Vertuschen“ die Strategie des Ministeriums für Staatssicherheit, die Todesfälle an der Berliner Mauer vor der Öffentlichkeit zu verheimlichen, dokumentiert. Mindestens 136 Menschen verloren an der Berliner Mauer ihr Leben. Die meisten von ihnen wurden bei dem Versuch, aus der DDR zu fliehen, durch Grenzsoldaten der DDR getötet. Im Weltbild des SED-Regimes galten Flüchtlinge als Feinde, gegen die jedes Mittel recht war. Um Schaden für das Ansehen des SED-Staates zu vermeiden, verschleierte das MfS die Todesfälle so weit wie möglich. Sterbeurkunden wurden gefälscht, Fehlinformationen verbreitet, mancher Leichnam verschwand oder wurde namenlos bestattet. Die Leidtragenden dieser Vertuschungsstrategie waren vor allem die Angehörigen der Maueropfer. Viele von ihnen erfuhren erst nach der deutschen Vereinigung aus den Stasi-Akten die Wahrheit über den Tod ihrer Nächsten.

Um an das Leid der Maueropfer und ihrer Angehörigen zu erinnern, zeigt der Bundesbeauftragte seit 2011 im Bildungszentrum in der Zimmerstraße 90, in 10117 Berlin-Mitte, Originale aus einer MfS-Sonderakte, darunter persönliche Gegenstände und Papiere der Toten. Angehörige hatten ihr Einverständnis zu dieser Ausstellung gegeben. Namen von Opfern werden nur im Einvernehmen mit nahen Verwandten genannt.

Mit dieser Ausstellung möchte der Bundesbeauftragte Angehörige von Mauertoten auch darauf aufmerksam machen, daß sich in den Akten zu den Todesvorgängen teilweise persönliche Gegenstände befinden. Diese können auf Antrag an die gesetzlichen Erben herausgegeben werden. Auskünfte zu den Antragsvorsetzungen erhalten sie beim Bürgertelefon des Bundesbeauftragten unter (030) 23 24 70 00.

Christian Booß



Trabant von Horst Einsiedel. Das MfS täuschte vor, den Pkw leer im Wald gefunden zu haben. Quelle: BStU

„menschliche Erleichterungen“ gegen die Hoffnung auf internationale Anerkennung und Devisen für die schwächelnde Wirtschaft. Es ist ein schmaler Grad, auf dem beide Seiten verhandeln. Todesschüsse an der Mauer können diese Verhandlungen jederzeit ins Stocken bringen. Die Staatsführung der DDR

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Der verschwundene Turm

Eine Lobensteiner Kuriosität

Die thüringische Kleinstadt Bad Lobenstein liegt dicht an der Grenze zum Freistaat Bayern. Während der Teilung Deutschlands durfte diesen Ort Richtung Süden nur passieren, wer einen entsprechenden Ausweis besaß. Hier begann das Sperrgebiet. Von einem angrenzenden Waldgebiet aus glückte zwei Familien im September 1979 die mehr als abenteuerliche Flucht mit einem Heißluftballon in die Bundesrepublik.

So sehr sich auch die Machthaber der SED-Diktatur bemühten, diese ungeheuerliche Tat geheim zu halten, es gelang ihnen nicht. Gegen den Empfang von Rundfunk- und Fernsehsendungen aus dem Westen war ihnen kein Kraut gewachsen. Die Straße, die zu dem bewußten Waldstück führte, hieß im Volksmund schon bald „Ballonweg“.

Aus dieser Zeit stammt auch die Manipulation einer Ansichtskarte.

Während auf der ersten Abbildung noch der Bergfried der im 13. Jahrhundert errichteten Burg Lobenstein deutlich zu sehen ist, fehlt er auf der zweiten gänzlich. Nun hatten die Machthaber der SED-Diktatur bekanntlich zwar wenig Respekt vor historischen Bauwerken, aber ihre Zerstörungswut richtete sich mehr gegen jene mit sakralem Charakter, wie Beispiele aus Leipzig und Berlin belegen. Und tatsächlich fügten sie dem Bauwerk als solchem keinen Schaden zu. Bei einer Neuauflage der Ansichtskarte ordneten sie jedoch an, daß der unerwünschte Turm wegzuretuschieben sei, eine Aufgabe, die ein Fotografenlehrling im ersten Lehrjahr bewältigen konnte. Im Interesse der Geheimhaltung hat man diesen Auftrag aber wohl eher einem Stasispitzel übertragen.

Über die Gründe einer derartigen Manipulation muß man nicht lange nachdenken. Vom Burgberg aus kann ein Wanderfreund bei entsprechender Sicht jene Höhen des Frankenwaldes erblicken, auf denen damals der verhaßte Klassenfeind thronte. Wenngleich sich Einheimische und Kurgäste durch diese plumpe Fälschung nicht täuschen ließen, so aber doch jene DDR-Bürger in Magdeburg oder Schwerin, die eine solche Karte mit Urlaubsgrüßen zugeschickt bekamen.

Wollte man ihnen die Illusion nehmen, bei einem Besuch in Lobenstein einen Aussichtspunkt gen Westen (Süden) zu haben? Das klingt nicht ganz logisch, denn wer einmal Lobensteiner Boden betrat, dem war es keineswegs unmöglich gemacht, sich den Bergfried aus der Nähe zu betrachten.

Vielleicht wollte man einem Fluchttourismus vorbeugen, wenn auch auf denkbar lächerliche Weise. Das Gemäuer hat gute und schlechte Zeiten überstanden

– 1632, während des Dreißigjährigen Krieges, sogar eine Rauferei zwischen kaiserlichen und schwedischen Truppen. Sicher hat sein Anblick manchem Feind Furcht eingeflößt. Aber wer hätte gedacht, daß eines Tages bereits seine Abbildung für hochgefährlich gehalten würde?

Baldur Haase
(Nach einer Information von
Horst Zippel, Unterlemnitz)



Abb. 1: Ansicht mit Bergfried.



Abb. 2: Kein Turm, kein Westen?

Plattform für einen Täter

Wie repressive Erziehungsmethoden der DDR verharmlost werden

Ein Brief an die Synode der EKD, den Vorsitzenden der Synode Nikolaus Schneider, Oberkirchenrat Joachim Ochel (Abteilung Bildung der EKD) und Präses der EKD-Synode Katrin Göhring-Eckardt

5. Februar 2012

[...] Als Mitglied der evangelischen Kirche, als exmatrikulierte Studentin der evangelischen Hochschule des „Rauhen Hauses“ und zugleich Mitglied der Opposition der ehemaligen DDR wende ich mich heute mit einem ungewöhnlichen und zugleich wichtigen Anliegen an Sie.

Anfang Dezember bekam ich einen „Nachrückerstudienplatz“ für den berufs begleitenden Studiengang „Soziale Arbeit“ an der evangelischen Hochschule des Rauhen Hauses in Hamburg.

Das erste Fachbuch, mit dem ich konfrontiert wurde, war eines der grundlegenden Lehrbücher, „Grundkurs Soziale Arbeit“, verfasst vom Dozenten Timm Kunstreich. Fassungslos nahm ich zur Kenntnis, dass für das Kapitel „Rückblick auf die Soziale Arbeit in der DDR“ Prof. Dr. Eberhard Mannschatz als Autor verantwortlich war.

Im Vorwort hierzu heißt es u.a.: „...so wurde aus dem Vortrag von EBERHARD MANNSCHATZ ein eigenständiger Beitrag, den ich aus zwei Gründen für bedeutsam halte. Zum einen macht der RÜCKBLICK auf die Soziale Arbeit in der DDR deutlich, dass das Jugendhilfesystem facettenreicher und widersprüchlicher war, als es aus West-Sicht vielen erscheint, zum anderen unterstreicht Eberhard MANNSCHATZ in seinem Beitrag, dass auch in der sozialen Arbeit, die Grenze nicht zwischen Ost und West verläuft, sondern zwischen einem affirmativen und einem Konzept sozialer Arbeit und einem kritischen. Seiner Einladung zum Dialog, dass weder Torgau, noch Glücksstadt, noch sonst irgendeine Form des Ausschließens in ein Verständnis kritischer sozialer Arbeit und Pädagogik passt, sollten wir annehmen.“

Zu seiner Person ist auf Seite 210 vermerkt: „Jugendreferent, Jugendamtsleiter Dresden; Stellvertretender Heimleiter; Mitarbeiter am deutschen Pädagogischen Zentralinstitut; Abteilungsleiter für Jugendhilfe im Ministerium für Volksbil-

dung der DDR; Ordentlicher Professor für Sozialpädagogik an der Humboldt Universität zu Berlin; Emeritierung 1991. Lehrerbildung und Promotion 1957; Habilitation 1966. Wissenschaftliche Arbeit auf den Gebieten Heimerziehung, Jugendhilfe, Erziehungstheorie, Sozialpädagogik.“

Ausgerechnet er soll nun in einem Lehrbuch vielen deutschen Studenten erklären, was Soziale Arbeit in der DDR war und was wir vom System der DDR-Jugendhilfe lernen können? Natürlich klingt es kompetent, wenn man liest, dass Mannschatz den einzigen Lehrstuhl für Sozialpädagogik in der DDR innehatte. Doch vor allem hat er das System der DDR-Jugendhilfe um ein berüchtigtes Instrument erweitert: Den Jugendwerkhof.

Mannschatz war im Ministerium für Volksbildung für diese Einrichtungen und ihren Ausbau viele Jahre lang verantwortlich, einschließlich der schlimmsten dieser Einrichtungen, des Geschlossenen Jugendwerkhofs in Torgau. Hier saßen die minderjährigen Insassen hinter Gittern, Gefängnismauern und Stacheldraht. Dunkelhaft in Arrestzellen, die so klein waren, dass man in ihnen nicht liegen konnte, Prügel, Zwangsarbeit, Drill und „Sport“ bis zur totalen Erschöpfung gehörten zu dieser Art von „Erziehung“. (siehe auch <http://www.jugendwerkhof-torgau.de>).

Dass ein solcher Mann die „Soziale Arbeit“ in der DDR erklären und manches aus der „Jugendhilfe“ gar als beispielhaft verkaufen kann, machte und macht mich fassungslos.

Ich weiß nicht, ob es naiv war, aber ich konnte mir nicht vorstellen, an einer Evangelischen Hochschule mit einer solchen Tradition plötzlich mit Lehrmaterial konfrontiert zu werden, in dem ein Hauptverantwortlicher für Einrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche durch Drill, Prügel, Dunkelhaft und Zwangsarbeit gebrochen werden sollten, sein Konzept dieser brutalen Umerziehung teils verharmlosen, teils leugnen und teils schamlos umdeuten darf.

Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass ein Schreibtischtäter, der für die systematische Misshandlung und De-

mütigung tausender junger Menschen mitverantwortlich ist, als sauberer Wissenschaftler präsentiert wird, mit dessen Ansichten man sich „differenziert“ auseinandersetzen müsse.

In das System „Jugendwerkhof“ geriet man aufgrund einer willkürlichen Entscheidung, beispielsweise des „Referats Jugendhilfe“ im jeweiligen Kreis. Wer als Kind oder Jugendlicher nach den Normen des SED-Staats sozial auffällig wurde und gar als „schwer erziehbar“ galt, dem drohte die Einweisung in den Jugendwerkhof. Das konnten aufmüpfige Jugendliche sein, die vielleicht einer offiziell verpönten „westlich-dekadenten“ Jugendkultur anhängen oder allzu kritische Geister. Manche Insassen sind zuvor mit kriminellen Delikten aufgefallen, aber auch das rechtfertigt ja keine menschenunwürdige Behandlung. Oft wurden auch vom Elternhaus vernachlässigte oder missbrauchte Kinder, die schon eine Odyssee durch „Sonderheime“ und „Spezialheime“ hinter sich hatten, in einen Jugendwerkhof eingewiesen. Die Hilfe, die sie gebraucht hätten, bekamen sie hier nicht. Es herrschte ein strenges Reglement. Ruhe und Ordnung waren wichtig. Und wer versuchte auszubrechen, der wurde in den Geschlossenen Jugendwerkhof nach Torgau geschickt.

Dass ein solcher Mann nun dem Nachwuchs der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen die „Soziale Arbeit“ in der DDR erklären und manches aus der „Jugendhilfe“ gar als beispielhaft verkaufen kann, macht mich fassungslos. Eine solche Verharmlosung und Relativierung der systematischen Entrechtung, Demütigung und Misshandlung von Kindern und Jugendlichen kann doch wohl kaum zum Stil des Rauhen Hauses gehören? Dürfen auch andere Verantwortliche in solcher Weise in Lehrmaterialien ihre Taten relativieren oder ist es ein Privileg für die, die den Willen junger Menschen für den Sozialismus brechen wollten? Das hieße aber, einer Ideologie einen höheren Stellenwert einzuräumen als den Menschen und zu akzeptieren, dass Missachtung und Verletzung von Menschenrechten und Menschenwürde zulässig sind, wenn sie dem vermeintlich Guten dienen. Sollte ein solches Menschenbild tatsächlich in die Lehre der Sozialen Arbeit Einzug gehalten haben?

Vielleicht war ausschlaggebend für meine Entscheidung, mich exmatrikulieren zu lassen, dass sich diese Frage nicht mehr klar mit „Nein“ beantworten lässt.

Das zeigte mir u.a. die Reaktion auf mein Schreiben an den Studiengangsleiter. Es gab kein Erschrecken darüber, kein Nachfragen nach Mannschatz' Rolle und den Zuständen, die er mit zu verantworten hatte, kein spürbares Interesse an den Menschen, die Opfer seines Systems geworden sind. Die Frage war offenbar einfach nur unangenehm. Von einer klaren Haltung, die ich erwartet hatte, keine Spur. Stattdessen fühlte ich mich als die betroffene Ostlerin behandelt, die ein persönliches Problem mit der Tatsache hat, dass man die DDR-Verhältnisse doch aus der Sicht der Täter erklärt. Doch wenn es um einen unmenschlichen Umgang mit jungen Menschen geht, erwarte ich schon eine Haltung dazu. Die „Wir müssen da mal drüber reden“-Reaktion ist da zu wenig. Es geht – wie gesagt – um eine Grundsatfrage.

Dies aber wurde nicht einmal wahrgenommen. Es ist wichtig, sich gerade in solchen Einrichtungen dem ideologisierten Menschenbild, der nachträglichen Legitimierung und Verharmlosung von Verbrechen entgegenzustellen.

Ich wollte hier in Hamburg nicht wieder in der ersten Reihe mit den gleichen Kämpfen beginnen, die ich in der DDR bis zum Zusammenbruch der SED-Diktatur, und auch danach, ausfechten musste.

Meine Entscheidung mit Begründung gab ich im Rahmen der Kündigung des Vertrages mit dem „Rauhen Haus“ auch dem Theologen und Rektor Andreas Theurich bekannt. Dieser bestätigte lediglich die Kenntnisnahme meiner Kündigung, „ohne auf die Begründung näher eingehen zu können“.

Ich hatte gehofft, dass man in einer Institution wie dem Rauhen Haus versteht, dass ich hier ein grundsätzliches Problem angesprochen habe. Ich hatte erwartet, dass die Verantwortlichen des Hauses die

Frage bewegt, wie es passieren konnte, dass einem wichtigen Schreibtischtäter in Lehrmaterialien zur Deutungshoheit über sein einstiges Wirkungsfeld verholfen wird.

Der unsägliche Zustand, dass Eberhard Mannschatz, als Schreibtischtäter wesentlich verantwortlich an Verbrechen an Kindern und Jugendlichen, Eingang in die Lehre, auch an kirchlichen Bildungseinrichtungen gefunden hat, kennzeichnet einen kritiklosen Umgang mit Verbrechen an Kindern und Jugendlichen. Das sind bedrückende Fakten fast 23 Jahre nach dem Ende der DDR Diktatur.

[...] Mit diesem Schreiben möchte ich Sie auf die geschilderten Missstände aufmerksam machen und Sie ersuchen, alles dafür zu tun, dass Lehrmaterial, in dem sich Verantwortliche der ehemaligen DDR-Diktatur präsentieren und Verbrechen verharmlosen dürfen, aus Bildungseinrichtungen, die Ihrem Zuständigkeitsbereich unterliegen, entfernt wird. [...]

Evelyn Zupke

Offener Brief

An das Kuratorium und den Rektor der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie „Das Rauhe Haus“ in Hamburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den Lehrmaterialien Ihrer Hochschule im Modul „Geschichte, Strukturen und Ansätze sozialer Arbeit“ ist ein Kapitel „Rückblick auf die Soziale Arbeit in der DDR“ von Eberhard Mannschatz enthalten, das auf einem Vortrag aus dem Jahr 1995 basiert.

Als Leiter der Abteilung Jugendhilfe/Heimerziehung im Ministerium für Volksbildung der DDR von 1951 bis 1954 sowie 1958 bis 1977 trägt Eberhard Mannschatz politische Verantwortung für das rigide System der Umerziehung in den Spezialheimen der DDR, welches er in ebendiesem Kapitel leugnet (vgl. S. 211).

Eberhard Mannschatz war als Abteilungsleiter u. a. verantwortlich für die Einrichtung des Geschlossenen Jugendwerkhofes Torgau 1964, in welchem die Menschenrechte und die Würde der über 4.000 zur Disziplinierung eingewiesenen Jugendlichen systematisch verletzt wurde (vgl. Urteil des Kammergerichtes Berlin, 2004). Kritische Berichte über die Zustände im GJWH lagen dem Ministerium für Volksbildung und damit auch E. Mannschatz vor, ohne dass es zu maßgeblichen Veränderungen bis zur Schließung dieser Einrichtung im November 1989 kam. Desweiteren beförderte Mannschatz die autoritäre Arbeits- und Disziplinierung in den Spezialheimen, die vorrangig auf Anpassung und Einordnung der Kinder und Jugendlichen ins Kollektiv zielte. Auch war er an den Konzepten zur „Bandenbekämpfung“ beteiligt, welche der Verfolgung der Jugendkulturen z. B. Beatfans in der DDR dienten. (Vgl. Expertise von Laudien/Sachse: „Erziehungsvorstellungen in der

Heimerziehung der DDR. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren, 2011).

Wir fordern Sie auf, einem Hauptverantwortlichen der DDR-Jugendhilfe wie Eberhard Mannschatz in Ihren Lehrmaterialien keine Plattform zu bieten. Es ist nicht hinzunehmen, dass jemand wie er als Kronzeuge gelungener „Sozialarbeit“ in der DDR herangezogen wird. Weiterhin laden wir Sie ein, die Dauerausstellung „Ich bin als Mensch geboren und will als Mensch hier raus. Der GJWH Torgau im Erziehungssystem der DDR“ zu besuchen und mit Betroffenen ins Gespräch zu kommen.

Der Vorstand der Initiativgruppe GJWH Torgau; Lutz Rathenow, Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen; Siegfried Reiprich, Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten;

Sächsische Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen: Bürgerkomitee Leipzig e.V., Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig, Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V., Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen e.V., Martin-Luther-King-Zentrum e.V. - Archiv der Bürgerbewegung Südwestsachsens, Erkenntnis durch Erinnerung e.V., Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V., Landesgruppe Sachsen, Umweltbibliothek Großhennersdorf e.V., Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, Regionalstelle Sachsen, Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge in der früheren DDR, Opfer-, Förder- und Dokumentationsverein Bautzen II, Bautzen-Komitee e.V., Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V., Chemnitz

Drastische Maßnahmen gegen Flüchtlingsstrom

Um die anhaltenden Fluchtversuche seiner Untertanen aus dem „Paradies“ möglichst zu verhindern, hat Pjöngjang während der letzten Wochen die Truppen an der Grenze zu China wesentlich verstärkt. Öffentlich wurde im Lande die „Vernichtung von drei Generationen einer Familie, bei der irgendein Mitglied bei der Flucht gefangengenommen wurde“, angedroht – eine Sippenhaft, die selbst die der Hitler-Zeit übertrifft.

Es ist wohl kaum ein Zufall, daß chinesische Behörden bei der Vernehmung von ergriffenen nord-koreanischen

Flüchtlingen neuerdings nach deren einzelnen Motiven fragen. Geben sie Hunger in ihrer Heimat an, erhalten sie im Paß einen blauen Stempel; nennen sie als Grund aber Süd-Korea als Ziel, erfolgt eine Abstempelung in roter Farbe. Den Inhabern rot gestempelter Pässe droht nach ihrer Abschiebung nach Nord-Korea dann eine wesentlich härtere Strafe – bis hin zur Exekution, die neuerdings zur Abschreckung nicht selten öffentlich erfolgt.

Angesichts dieser Maßnahmen hat die südkoreanische Regierung Ende Februar

den UN-Rat für Menschenrechte in Genf angerufen. Seit Anfang März laufen Konsultationen zwischen der nordamerikanischen und der chinesischen Regierung über die Lösung dieser Flüchtlingsfrage. Daß Washington dies öffentlich erklärt, ist unüblich und unterstreicht die Wichtigkeit für die US-Politik. Peking wiederum hat bisher verlauten lassen, es wünsche nicht die Erörterung in internationalen Organisationen. Es ist fraglich, ob für das Schicksal der nordkoreanischen Flüchtlinge wirklich Hoffnung besteht.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

„Rette meinen Freund“

(PM) Am 10. März 2012 fand um 14 Uhr am Berliner Alexanderplatz eine Kampagne gegen die Rückführung von nordkoreanischen Flüchtlingen statt. Die Aktion wurde als Teil der internationalen Bewegung „save my friend“ von Koreanern der zweiten Generation ins Leben gerufen, die verschiedene Menschenrechtsorganisationen wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte IGFM und viele Bürger für diese Sache mit einbezogen.

Verschiedene Informationsveranstaltungen, eine Handprinting-Aktion (Sammlung

von Farbabdrücken der Handflächen), Stände für Unterschriftensammlungen und eine Demonstration bis zur chinesischen Botschaft, an der über 200 Personen teilnahmen, gehörten zum Programm.

Gerda Ehrlich, Menschenrechtsaktivistin für Nord-Korea, verlas eine Petition, die aufruft, die Zwangsrückführung für nordkoreanische Flüchtlinge zu stoppen und ihnen einen Flüchtlingsstatus zuzuerkennen.

Ziel der Kampagne war es, bei den Menschen in Deutschland Aufmerksamkeit für

die nordkoreanischen Flüchtlinge zu gewinnen und über die Situation der politischen Häftlinge in Nord-Korea aufzuklären.

Einen Tag vor der Aktion wurde bekannt, daß die 31 gefangenen Flüchtlinge, die Anlaß für diese Bewegung geworden waren, von China nach Nord-Korea zurücktransportiert wurden. Der Sprecher der Berliner „Save my friend“-Bewegung sagte dazu: „Wir werden uns in Zukunft strategisch darauf konzentrieren, die Bevölkerung auf die Situation der nordkoreanischen Flüchtlinge aufmerksam zu machen.“

Kuba: Verhaftungswelle während des Papstbesuches

(igfm) Während des Papstbesuches hat die kubanische Polizei mit einer neuen Verhaftungswelle versucht, Bürgerrechtler und Dissidenten zum Schweigen zu bringen. Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) berichtete, war die Zahl der bis zum Abend des 27. März bekanntgewordenen Festnahmen auf 177 gestiegen. IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin kritisierte, daß Papst Benedikt XVI. trotz der offensichtlichen Verletzungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit während seiner Anwesenheit auf der Insel keine deutlichen Worte für die kubanische Demokratie- und Bürgerrechtsbewegung gefunden habe. So werde ein falsches Bild der Harmonie erzeugt, das dazu beitrage, die Menschenrechte auf Kuba weiter zu strangulieren.

Kubanische Bürgerrechtler zeigten sich von der mangelnden Anteilnahme der Katholischen Kirche enttäuscht. In einer öffentlichen Erklärung beklagte der katholische

Bürgerrechtler und ehemalige politische Gefangene Oswaldo Payá, daß die Katholische Kirche die Verhaftungen von Dissidenten, die den Papst „nicht einmal von weitem“ sehen durften, nicht ausreichend thematisiere und verurteile.

Die IGFM wies außerdem darauf hin, daß die kubanischen Behörden versuchten, ähnliche Meinungsäußerungen zu unterdrücken. Neben den Massenverhaftungen seien zahlreiche Telfonverbindungen gekappt worden. Andere Bürgerrechtler hätten Droh-SMS erhalten mit der Ankündigung, sie würden nach der Abreise des Papstes „verschwinden“.

Am 26. März betete Papst Benedikt XVI. zwar öffentlich in der Wallfahrtskirche El Cobre in der Provinz Santiago de Cuba für „jene, die ihrer Freiheit beraubt wurden“ und sprach sich auch öffentlich für einen Wandel in Kuba aus. Das Castro-Regime setzte aber noch während der Messe ein

viel deutlicheres Zeichen: Ein namentlich nicht bekannter junger Kubaner, der während der Papsmesse etwa 100 Meter von der Tribüne entfernt begonnen hatte, regimekritische Parolen zu rufen, wurde nach Angaben der IGFM von kubanischen Staatssicherheitsbeamten zusammengeschlagen und weggezerrt. Auch die Antwort auf die politische Andeutung des Papstes ließ nicht lange auf sich warten: „Es wird auf Kuba keine politische Reform geben“, erklärte Vizepräsident Mariano Murillo mit Nachdruck gegenüber der Presse.

Vatikan-Sprecher Federico Lombardi beteuerte, die zahlreichen Petitionen für die Freilassung politischer Gefangener seien während des 40-minütigen Zusammentreffens von Papst Benedikt und Raúl Castro „präsent gewesen“, Namen oder Details seinen aber keine genannt worden. Der Wunsch der Bürgerrechtsorganisation „Damen in Weiß“ nach einer Audienz könne „aus zeitlichen Gründen“ leider nicht erfüllt werden.

Gebrochenes Versprechen

Erstmals Bundestagsdebatte über DDR-Flüchtlingsrenten

Ein hitziger Schlagabtausch entwickelt sich an diesem kalten Januarabend im Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Es geht um Anträge der SPD und der Grünen, DDR-Flüchtlinge vor Minderung ihrer Rente zu schützen. Das Begehren wird schließlich von der Stimmenmehrheit der Regierungskoalition abgeschmettert. Doch was wie eine Schlappe für die Interessenvertreter der Flüchtlinge aussieht, ist ein Teilerfolg: Erstmals wird eine von vielen als große Ungerechtigkeit empfundene Problematik öffentlich im Parlament ausgefochten.

Flüchtlingen, die bis zum Untergang der DDR in den Westen kamen, wurde versprochen, daß sie das Recht auf eine Rente nach dem damaligen Fremdrentengesetz hätten. So bekam jeder Übersiedler eine Broschüre, in der stand, daß die Rente so berechnet würde, als hätte das gesamte Arbeitsleben in der Bundesrepublik stattgefunden. Beruhigend, denn die meisten hatten nicht in die Freiwillige Zusatzrente der DDR eingezahlt, Jahre der Drangsalierung und oftmals Haft lagen hinter ihnen. Ab 1993 galt diese Regelung dann nicht mehr. Von vielen unbemerkt und in der Tragweite selbst für viele damalige Bundestagsabgeordnete nicht zu erfassen, wurde das mit dem Staatsvertrag eingeführte Rentenüberleitungsgesetz auch auf DDR-Flüchtlinge angewandt, die vor dem Mauerfall Bundesbürger wurden. Die Folgen für die meisten nach 1937 geborenen Übersiedler: Sie bekommen eine Rente, die sehr viel geringer ausfällt als erwartet – oft liegt sie sogar unter dem Existenzminimum. Sie empfinden dieses gebrochene Versprechen auch als moralisches Desaster, werden doch so aus sich längst als Bundesbürger empfindenden Menschen rentenrechtlich wieder Bürger der DDR.

Ein jahrelanger Kampf um Öffentlichkeit liegt hinter den ehemaligen Flüchtlingen, die an diesem 26. Januar ins Reichstagsgebäude gehen. Das Gehör von Medienvertretern und Politikern zu finden ist für sie nach wie vor nicht leicht. Doch heute Abend ist es schon ein kleiner Triumph, die Sandsteintreppen des Parlamentsgebäudes zu erklimmen. Anita Göbler, Tatjana Sterneberg, Christa Ladendorf, Eva Aust, Carl-Wolfgang Holzzapfel und Michael Schulz werden von den SPD-

Abgeordneten Sonja Steffen und Anton Schaaf begrüßt. Herzlich fällt Schulz der SPD-Abgeordneten Steffen um den Hals, endlich steht das so lange vernachlässigte Thema auf der Tagesordnung des Hohen Hauses.

Es ist spät geworden an diesem Tag im Parlament. Eine langwierige Afghanistan-Debatte hat das Rententhema weit in die späten Abendstunden verbannt. Aufgeregt nehmen die ehemaligen Flüchtlinge auf der Besuchertribüne Platz. Den Unmut zu zügeln, fällt ihnen angesichts des ersten Redners, Peter Weiß (CDU), schwer. Die Anträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hält er für keinen gangbaren Weg, der verfassungsrechtlich standhalten würde. Zustimmung gibt es für Ottmar Schreiner (SPD). Er bezichtigt Weiß, nur nach Vorwänden zu suchen, das Thema „aus dem Feuer zu kriegen“. Schreiner zitiert Passagen aus dem bereits erwähnten Wegweiser für DDR-Flüchtlinge, erinnert unter Beifall daran, daß die Übersiedler schon vor der Wende Bürger der Bundesrepublik waren und die Anwendung des Rentenüberleitungsgesetzes auf sie als „Gegensatz von rechtsstaatlichem Vorgehen“ empfunden würde. Schreiner verlangt ein Ergebnis – „besser spät als gar nicht“. Heinrich Kolb (FDP) und Ulrich Lange (CSU) können Schreiners Ausführungen nichts abgewinnen und vertreten

noch einmal die ablehnende Haltung der Regierungsfractionen. Unterstützung für die Flüchtlinge kommt unterdessen aus den Reihen der SED-Nachfolgepartei. Martina Bunge (Die Linke) wirft der Koalition vor, den Flüchtlingen Solidarität nur mit Worten, nicht mit Taten zukommen zu lassen. Die anschließende Abstimmung verläuft den Erwartungen gemäß. Der Ausschuß Arbeit und Soziales hatte zuvor empfohlen, die Anträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit dem sperrigen Titel „DDR-Altübersiedler und -Flüchtlinge vor Rentenminderungen schützen - Gesetzliche Regelung im SGB VI verankern“ abzulehnen. FDP und CDU/CSU kommen dem nach, SPD, Grüne und Die Linke sind dagegen.

Kein Happyend also, aber das Problem der Flüchtlingsrenten ist immerhin öffentlich zur Sprache gekommen. Ein Wechselbad zwischen Genugtuung und Enttäuschung unter den mitfiebernden Zuschauern. „Machen sie endlich was“, hatte der Grünen-Abgeordnete Wolfgang Strengmann-Kuhn die Regierungskoalition vor der Abstimmung aufgefordert. Und mit einem Blick auf die Besuchertribüne: „Die Menschen da oben warten auf Lösungen.“ Die Chance darauf ist vorerst vertan.

Michael Merz



Interessenvertreter der Flüchtlinge auf den Stufen des Reichstagsgebäudes: (v.l.) Michael Schulz, Tatjana Sterneberg, Eva Aust, Carl-Wolfgang Holzzapfel, Anita Göbler, Christa Ladendorf.

Diskriminierung nicht hinnehmbar

Ehemalige DDR-Flüchtlinge fordern Wiederherstellung ihres Rentenrechtes

Am 22. März 2012 fand in Berlin das Kolloquium „Generation Flucht-Ausreise-Freikauf – eine Minderheit per Wiedervereinigung“ statt.

Es war eine gemeinsame Veranstaltung der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF) und der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG), unterstützt von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Die Teilnehmer des Kolloquiums forderten ein Ende der politischen Diskriminierung der Flüchtlinge aus der ehemaligen DDR. Alle Anwesenden solidarisierten sich mit dem Kampf der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge um die Wiederherstellung des verletzten Rechts, stellten sich ausdrücklich hinter den folgenden Text und verabschiedeten eine Resolution.

Wir klagen an:

1. Die Flüchtlinge aus der ehemaligen DDR waren durch ihre Eingliederung unter dem Schirm des Grundgesetzes zu Bürgern der Bundesrepublik Deutschland geworden. Mit dem Bei-

tritt der DDR wurden sie faktisch wieder zu DDR-Staatsbürgern gemacht, um sie formal am Beitritt der DDR zum 3. Oktober 1990 teilnehmen zu lassen.

2. Es gibt kein von der gesamtdeutschen Legislative beschlossenes Gesetz, das die Exekutive zu der unter Punkt 1 genannten Maßnahme ermächtigt.

3. Die Hintergründe (Motive, Zielstellung, Verantwortlichkeit) zu der unter Punkt 1 genannten Maßnahme wurden durch die Regierung bisher nicht öffentlich zugänglich gemacht.

4. Diese „Doktrin“, nach der DDR-Flüchtlinge wieder zu DDR-Staatsbürgern gemacht wurden, ist nicht nur eine politische Diskriminierung, sondern hat, wie auch die Regierung weiß, soziale Folgen. Damit werden die Flüchtlinge aus der ehemaligen DDR in doppelter Hinsicht zu Verlierern der Wiedervereinigung.

5. Den von Partei und Regierung der ehemaligen DDR Begünstigten ist es gelungen, ihre Privilegien (Renten, Sonderrenten) aus dem Unrechtsre-

gime DDR per 3. Oktober 1990 unter den Schutz des Grundgesetzes gestellt zu bekommen. Den Flüchtlingen aus der ehemaligen DDR hingegen wurde gleichzeitig der Schutz durch das Grundgesetz entzogen.

6. Da eine klare gesetzliche Grundlage fehlt, wurde die „Ausgliederung“ der ehemaligen DDR-Flüchtlinge geheim gehalten. Informationen sind zu keiner Zeit ergangen, weder individuell an die Betroffenen, noch öffentlich über regierungsamtliche Verlautbarungen, noch über die Medien.

Resolution

Die Teilnehmer des Kolloquiums fordern Regierung und Parlament auf, das verletzte Recht unverzüglich wiederherzustellen. Hierzu wird auch auf die seit 2006 beim Petitionsausschuß des Bundestages liegende, aus mehreren hundert Einzelpetitionen bestehende einschlägige Sammelpetition verwiesen.

Dr. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)
Rainer Wagner
(Vorsitzender UOKG)

Protest gegen das einseitige Ausstellungskonzept der Gedenkstättenleitung Leistikowstraße

Resolution des UOKG-Verbandetreffens vom 31. März 2012

Wir, die bevollmächtigten Vertreter von 25 Opferverbänden und Aufarbeitungs-

initiativen der kommunistischen Diktatur in Deutschland, protestieren entschieden gegen das unseriöse und einseitige Ausstellungskonzept der Gedenkstätte Leistikowstraße in Potsdam und der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten im früheren KGB-Foltergefängnis Leistikowstraße. Die Zeitzeugen und die Verbände sind nicht bereit, sich diese Konzeption aufzwingen zu lassen. Niemand kann von den Opfern verlangen, sich mit dieser Ausstellung zu identifizieren.

Die situationsbedingte Überreaktion des 83-jährigen Workuta-Überlebenden, eines schwer leidgeprüften Opfers der kommunistischen Diktatur, auf die

Leiterin der Gedenkstätte Leistikowstraße am 23. März 2012 bedauern wir aufrichtig. Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung.

Gleichzeitig verurteilen wir aber auch jeden Versuch, diesen einmaligen Vorfall gegen den Zeitzeugen und den Gedenkstättenverein zu instrumentalisieren und das durch die Haft in kommunistischen Lagern traumatisierte Opfer zu kriminalisieren. Das zerrüttete Verhältnis zwischen den Beteiligten in der Leistikowstraße haben nicht die Opfer der Diktatur zu verantworten. Es ist das Ergebnis des egozentrischen Agierens der Gedenkstättenleitung gegenüber Opfern und Zeitzeugen.

Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Politikerin mit Gespür

Annette Widmann-Mauz zu Gast beim Süddeutschen Freundeskreis „Hoheneckerinnen“

Am 18. Februar 2012 fand in Stuttgart wieder ein regionales Treffen ehemaliger Hoheneckerinnen sowie Angehöriger, Freunde und Interessierter statt.

Diesmal war auf Einladung der Frauen eine im Süden Deutschlands gut bekannte Politikerin unser Gast. Mit großer Freude begrüßten wir Annette Widmann-Mauz MdB, Jahrgang 1966, seit 2005 mit Direktmandat aus dem Wahlkreis Tübingen-Hechingen, in unserer immer größer werdenden Runde. Seit 1995 ist sie Vorsitzende der Frauen Union Baden-Württemberg, seit 2011 nun auch stellvertretende Vorsitzende der Frauen Union des Bundes und seit 2009 parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit. Die Anregung, sie in den Freundeskreis der ehemaligen Hoheneckerinnen einzuladen, kam durch persönliche Kontakte zustande und nicht zuletzt durch ihr Interesse am Schicksal der Frauen, die besonders schlimm unter dem Unrechtssystem DDR gelitten haben. Als Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit war sie in unserer Mitte ganz besonders gefragt.

Mit der Filmpräsentation „Kein Unrechtsstaat“, die Claus Kurth für das Treffen zusammengestellt hatte, erfuhr Annette Widmann-Mauz, wie es wirklich war in der ehemaligen DDR, mit ihren verkommenen Städten, dem Frauengefängnis Hoheneck, dem Leid der Frauen, der Kinder und Familien. Der Film informierte auch darüber, wie man heute mit den Tätern umgeht, wie die Opfer nicht aus ihrer Rolle herauskommen. Die Stimmen der Täter sind laut. Weil wir das nicht hinnehmen wollen, haben wir uns organisiert.

Das Thema Haftfolgeschäden und der Kampf um ihre Anerkennung waren bei unserem Gast genau richtig. Annette Widmann-Mauz erklärte ihre Bereitschaft, diese Problematik in die Landes- und Bundestagsfraktion zu bringen; auch Ärztekammer und Psychologen für die Betroffenen zu sensibilisieren. Die Forderung nach Anerkennung der gesundheitlichen Haftfolgeschäden mit Beweislastumkehr nahm sie mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis. Als Frauenpolitikerin hat sie ein Gespür für uns, und ihr ist wichtig, daß für unsere Probleme Öffentlichkeit hergestellt wird.

Sie möchte der Bundesvorsitzenden der Frauen Union das Thema nahebringen. Eine Einladung des Freundeskreises nach Berlin ist in Vorbereitung.

Ihr Interesse an unseren Belangen war enorm. Sie wollte alles wissen. „Die Opfer sind unter uns“, kommentierte sie. Auch unseren Ausführungen zur Diskussion um die Errichtung eines Gedenkortes für politisch verfolgte Frauen in Stollberg-Hoheneck, am historischen Ort mit Ausstellung und Bildungsstätte, schenkte sie große Beachtung. Weil ihr die Aufarbeitung so wichtig ist, wird sie sich auch mit Roland Jahn, dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, treffen. Ein Termin ist schon zugesagt. Wir haben mit ihr eine wichtige Gesprächspartnerin auf der politischen Bühne gewonnen. Annette Widmann-Mauz wird in engem Kontakt mit unserem Freundeskreis bleiben.

Auch die Zeitzeugenarbeit, die einige Frauen an den Schulen leisten, wurde angesprochen. Die Erfahrung zeigt leider, daß nostalgische DDR-Verklärung von manchen Jugendlichen als „cool und witzig“ empfunden wird. Das kann nur durch kontinuierliche Aufklärung über totalitäre Systeme abgebaut werden. Wir sind bereit, unseren Beitrag dazu zu leisten.



Foto: Sylvia Öhlenschläger

Annette Widmann-Mauz (2.v.r.) beim Süddeutschen Freundeskreis.

Nach drei Stunden lebhafter Gespräche und Diskussionen gingen wir zum gemütlichen Teil des Treffens über und verbrachten noch einige Zeit zusammen. Wir konnten wieder „neue“ ehemalige Hoheneckerinnen herzlich willkommen heißen. Mittlerweile sind es 25 Frauen, die zum Freundeskreis „Hoheneckerinnen“ gefunden haben. Wir freuen uns, wenn die Runde unseres Süddeutschen Freundeskreises größer wird. Das nächste Treffen wird im Oktober, wieder in Stuttgart, stattfinden.

Konstanze Helber

Mahnwache gegen Hinrichtung



Foto: Theo Mitrup

Am 1. März protestierten vor der iranischen Botschaft in Berlin Mitglieder und Unterstützer der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte mit einer Mahnwache gegen die angedrohte Hinrichtung des iranischen Pastors

Youcef Nadarkhani. Auch Hermann Gröhe, CDU-Generalsekretär, und Erika Steinbach, Sprecherin der CDU-CSU-Bundestagsfraktion für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, nahmen daran teil.

Einladung

Zur Jahresgedenkveranstaltung 2012 der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen

Sonntag, 29. April

Jahresrechnungsfestlegung

Beginn: 8.30 Uhr im Hörsaal mit Filmvorführung (ab 9.00 Uhr Imbißversorgung)

Ort: Hochschule Neubrandenburg – Mensa (Eingang links), Brodaer Straße 2

Feierliche Enthüllung der ersten Elemente des Lehrpfades am Eingang zur Mahn-

und Gedenkstätte am Fünfeichener Weg

Beginn: 13.30 Uhr

Ort: Eingang zur Gedenkstätte am Fünfeichener Weg (gegenüber dem ehemaligen Gutshaus Fünfeichen)

Enthüllung der ersten Stele auf dem Friedhof der Kriegsgefangenen und Kranzniederlegung

Beginn: 14.00 Uhr

Ort: Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen/Fläche zwischen Glockenturm und Denkmal

Gedenkfeier mit ökumenischem Gottesdienst und Kranzniederlegung

Beginn: gegen 15.00 Uhr

Ort: Kreuz südliches Gräberfeld



Bautzen-Treffen

(hm) Das Bautzen-Komitee lädt ganz herzlich ein zum Bautzen-Treffen 2012 am 9. Mai in das Bautzener Brauhaus, Thomas-Mann-Str. 7.

Der Rundgang durch die Außenanlagen des „Gelben Elends“ beginnt um 9.00 Uhr am Haupteingang der JVA, Breitscheidstraße 4. Teilnehmer am Rundgang

werden gebeten, schnellstmöglich der Geschäftsstelle des Bautzenkomitees, Postfach 1224, 02602 Bautzen, folgende Daten schriftlich mitzuteilen: Name, Vorname, Geburtsdatum, Straße und Hausnummer, Postleitzahl und Wohnort sowie Nummer des bei dem Rundgang mitgeführten Personaldokuments.

Das Bautzen-Treffen beginnt um 10.30 Uhr im Saal des Brauhauses. Nachmittags finden in der Gedenkkapelle auf dem Karnickelberg ein ökumenischer Gottesdienst und die Einweihung der gläsernen Totentafeln statt. Am 10. und 11. Mai schließt sich dann das Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung an.



23. Bautzen-Forum

Ein ganz normaler Staat?

Legendenbildung und Verharmlosung in der Rückschau auf die DDR

10. und 11. Mai 2012

Veranstaltet von der Friedrich-Ebert-Stiftung und Gegen Vergessen – für Demokratie e.V.

Programm

10. Mai

10.00 Uhr – Eröffnung mit Dr. Roland Schmidt, FES, Harald Möller, Bautzen-Komitee, Sigmar Gabriel, SPD

11.00 Uhr – „Antifaschistischer Friedensstaat, Leseland, Sportnation...“ DDR-Legenden in der Erinnerungskultur, Vortrag v. Prof. Dr. Thomas Großbölting, Historiker, Universität Münster

13.30 Uhr – „Einen Geheimdienst hat doch jeder Staat!“ Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Hansjörg Geiger, ehem. Präsident d. BND u. Bundesamtes f. Verfassungsschutz, Gründungsdirektor beim BStU, Dr. Hans Otto Bräutigam, ehem.

Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR, Uta Leichsenring, Leiterin der BStU Außenstelle Sachsen-Anhalt, Dr. Jens Gieseke, kommissarischer Leiter d. Abt. Kommunismus und Gesellschaft am ZZP Potsdam

16.00 Uhr – Wie wirken gegen das Vergessen? Zeitzeugengespräch mit Heide Lore Rutz, 1983 politisch inhaftiert, Siegfried Winter, politischer Häftling 1949-54, Stephan Bickhardt, Pfarrer, Bürgerrechtler der DDR, Lothar Tautz, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

18.00 Uhr – Die heile Welt der Diktatur? Herrschaft und Alltag in der DDR. Ausstellungseröffnung u. Podiumsgespräch

11. Mai

9.00 Uhr – „Weltniveau“. Wirtschaftspropaganda und Wirtschaftsentwicklung in der DDR während der 1970er und 80er

Jahre, Vortrag v. Prof. Dr. Peter Fäßler, Historiker, Universität Paderborn

9.45 Uhr – Recht auf Bildung für alle? Bildung und Erziehung in der DDR, Gespräch mit Elke Urban, Leiterin d. Leipziger Schulmuseums, Tina Kwiatkowski-Celofiga, Historikerin

11.15 Uhr – Die DDR und wir? DDR-Geschichte in der Gegenwart, Podiumsdiskussion mit Martin Dulig, Vors. SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin Bundesstiftung Aufarbeitung, Dr. Annette Leo, Historikerin Universität Jena, Franziska Kunze, Lehrerin in Landau, Evelyn Finger, Redakteurin Die Zeit

Weitere Informationen und verbindliche Anmeldung bis 30. April 2012 über Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen, Tel. (03 41) 960 24 31, E-Mail Sachsen@fes.de

Da lacht der Klassenfeind

Von den Genn. wird sie als „Bauerntrampel“ bezeichnet, unter den SG heißt sie „Apfelbäckchen“.

IM-Bericht einer Hoheneck-Aufseherin über ihre Kollegin. XIV 6324/82

UOKG-Tagungsband

(cs) Der Tagungsband des UOKG-Kongresses „Zwangsangesiedelte als Opfer von Mauer und deutscher Teilung“ ist soeben erschienen. Er kann kostenlos über die UOKG-Geschäftsstelle bezogen werden; Bestellung über Tel. (030)

55 77 93 51 oder E-Mail info@uokg.de. Der Tagungsband, dessen Druck durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert wurde, enthält die Beiträge sämtlicher Referenten des UOKG-Kongresses.



Gedenkaktion: 1 Ziegel für 1 Maueropfer

Am 13. August 2011 – dem 50. Jahrestag des Mauerbaus – startete das Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. die Aktion „1 Ziegel für 1 Maueropfer“. Tausende Bürger der DDR versuchten nach dem Mauerbau zu Lande, zu Luft und zu Wasser in die Freiheit zu gelangen. Vielen gelang die Flucht, andere scheiterten und mußten mehrere Jahre ihres Lebens in den Gefängnissen der DDR verbringen. Weit über tausend Fluchtwillige mußten jedoch ihr Leben an der Berliner Mauer, der innerdeutschen Grenze, in der Ostsee oder an den Grenzen anderer osteuropäischer Länder lassen. Dieser Menschen möchte das Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. gedenken.

Auf jeweils einem Ziegel wird der Name eines Todesopfers eingebraunt. Mit dem „Kauf“ eines Ziegels im Wert von 20 Euro können Bürger diese Aktion unterstützen. Mit allen Ziegeln wird der Künstler Gino Kuhn auf dem Gelände der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus ein neues Kunstwerk schaffen (siehe auch Foto Seite 1). Gino Kuhn mußte als westdeutscher Fluchthelfer wegen „staatsfeindlichen Menschenhandels“ 20 000 Stunden (knapp 2,5 Jahre) die Gefängnisse der DDR kennenlernen. Die Gedenkstätte in Cottbus ist der richtige Ort für diese Aktion. Denn im Zuchthaus Cottbus waren vorwiegend Republikflüchtlinge inhaftiert, die das Glück hat-


ten, an der innerdeutschen Grenze nicht erschossen worden zu sein.

Auch Sie können diese Aktion unterstützen, damit die Erinnerung an die Todesopfer nicht verblaßt. Sie können selbstverständlich mit Ihrer Spende mehrere Ziegelsteine „kaufen“. Die Namen der Spender, die genannt werden möchten, werden an einer gesonderten Tafel angebracht. Wir danken Ihnen!

Konto: Sparkasse Spree-Neiße, Konto-Nr. 30000 41450, BLZ 180 500 00, Kennwort „Ziegelsteine“

Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.

Mütter-Kinder-Treffen

Vom 22. bis 24. Juni 2012 treffen sich wieder die in den Lagern und Gefängnissen der SBZ/DDR geborenen Kinder und die noch lebenden Mütter. Das von der Bundesstiftung Aufarbeitung geförderte Treffen findet in diesem Jahr in Potsdam statt. Wer noch keine Einladung hat und daran teilnehmen möchte, wende sich an Alex Latotzky, Tel. (030) 66 77 57 57 oder per E-Mail alex.latotzky@t-online.de. 

Werner Adermann

„Mit jahrelanger Hoffnung auf Freiheit gewann der von den Kommunisten unschuldig Gefangene den Überlebenskampf in SBZ/DDR-Straflagern und Zuchthäusern.“ Diese Worte schrieb Ursula Popiolek u.a. in ihrem Vorwort zu einem Buch, das soeben im OEZ Berlin-Verlag erschien: Werner Adermann, Fußballplatz – Kriegsschauplatz – Pritschenplatz. Lebenserinnerungen aus zwei Diktaturen (ISBN 978-3-942437-06-6).

Werner Adermanns Martyrium begann im Februar 1947 mit seiner Verhaftung in Beeskow. Nach Folter im Bernauer GPU-Keller verurteilte ihn das Sowjetische Militärtribunal (SMT) in der Potsdamer Lindenstraße unter absurdem Spionagevorwurf zu zehn Jahren Arbeitslager (rehabilitiert am 25.10.2000 von der Ge-

neralstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation).

Über Sachsenhausen und Luckau kam Werner Adermann nach Bautzen, wo er erst nach fast neunzehn Haftjahren und überstandener offener Lungen-Tbc freikam. Er gehörte zu den Schwerstbetroffenen kommunistischer Willkür und fand später in der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V. und in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus ein Zuhause.

Ab 1994 setzte er sich für ein ehrendes Gedenken an die 800 Häftlinge ein, die im Februar 1950 von Sachsenhausen nach Luckau verlegt wurden. Viele Widerstände mußte er überwinden, ehe eine Gedenktafel der Arbeitsgemeinschaft eingeweiht werden konnte.


Seine Aufzeichnungen vollendete er im Dezember 2011, bereits schwerstkrank. Mit übermenschlichem Willen hielt Werner Adermann durch, um ab dem 2. März dieses Jahres noch etliche Exemplare seines Buches signieren zu können. Er starb am 6. März im Alter von 90 Jahren.

Wir erinnern uns an ihn als stets kameradschaftlichen Menschen, der sich eher zurückhielt, als in den Vordergrund zu drängen.

Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950e.V./ Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus

Neue Kustodin

(jl) Seit dem 1. Februar 2012 ist Dr. Julia Landau als Nachfolgerin von Dr. Bodo Ritscher an der Gedenkstätte Buchenwald für den Bereich Speziallager 2 als Kustodin zuständig.

Sie schrieb ihre Doktorarbeit an der Ruhr-Universität Bochum zum Thema Bergbaugebiet Kuzbass/Westsibirien im Stalinismus. An der Gedenkstätte Buchenwald hat sie von Dr. Bodo Ritscher die Amtsgeschäfte übernommen. Für Auskünfte und Informationen steht sie den Leserinnen und Lesern des stacheldraht gern als Ansprechpartnerin zur Verfügung. 

Klarstellung

Zum Nachruf auf Dr. Ulrich Woronowicz (Nr. 1/2012, S. 16)

Herr Dr. Woronowicz genoß sehr hohes Ansehen in der Arbeitsgemeinschaft, und fünf Mitglieder, die nicht zum Vorstand gehören, trugen zur endgültigen Fassung des Nachrufes bei. Dieses Zusammenwirken von Vorstand und Mitgliedern soll deutlich werden, denn im Originaltext heißt es: „Verfaßt von sechs Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V.“

AG Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V.

Hartwig Bernitt

Am 2. März 2012 ist Dr.Dr.h.c. Hartwig Bernitt im Alter von 84 Jahren verstorben. Über 50 Jahre hat er den Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) geführt. Er hat ihn zu seiner Lebensaufgabe gemacht und diese Aufgabe mit all seinen Kräften erfüllt.

Als der Krieg längst verloren war, schickte man ihn als 17-Jährigen, mit dem Notabitur versehen, von der Schulbank an die Front. Alles was folgte, war typisch für seine Generation. Erst 1948 konnte er dann in Rostock mit dem Studium beginnen. Dort war jedoch die Euphorie eines hoffnungsvollen Neubeginns bereits den Machtansprüchen der aufkommenden Diktatur gewichen. Ein offener Widerstand innerhalb der Studentenschaft war bald nicht mehr möglich. Deshalb versuchten die nicht angepaßten Studenten ihre eigenen Leute in die entscheidenden Gremien zu bringen. So gelangte Hartwig Bernitt in die FDJ-Hochschulgruppe und konnte dort ein wirksames Netzwerk aufbauen. Im Sommer 1951 schlug die Staatsgewalt zu.

Die gesamte Gruppe um den Studenten Karl-Alfred Gedowsky wurde verhaftet und von einem Sowjetischen Militärtribunal in Schwerin verurteilt. Zweimal Todesstrafe und für den Rest die üblichen 25 Jahre, so lautete das Urteil. Für Hartwig Bernitt führte der Weg nach Workuta. Dort im Gulag entstand die Grundlage für den später gegründeten VERS.

Nach der von Konrad Adenauer durch zähe Verhandlung in Moskau erzielten Entlassung der deutschen Gefangenen in der Sowjetunion kehrte Hartwig Bernitt im Dezember 1955 zurück und konnte sein Studium in Tübingen abschließen. Bis zu seiner Pensionierung hat er dann an verschiedenen Gymnasien gewirkt.

Gleich nach seiner Rückkehr suchte Bernitt die ehemaligen Freunde und Weggefährten und gründete mit ihnen 1957 in der Bundesrepublik den VERS. Zunächst war die gegenseitige Hilfe bei der Orientierung in einer völlig neuen Umgebung das Ziel. Aber nach den Jahren der Un-

freiheit wollte man sich engagieren und aufklärend wirken. Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit waren die zu vertretenden Inhalte. So entwickelte sich der VERS unter seiner Leitung zu einem aktiven Verband. Als dann 1989/90 die innerdeutsche Grenze fiel, wurde der VERS zu einer wichtigen Stütze bei der Neuorientierung der Rostocker Universität. Die Aufklärung der Nachkriegsgeschichte der Universität wurde zur zentralen Aufgabe, die ihren Niederschlag fand in der VERS-Schriftenreihe „Dokumentation gegen das Vergessen“. Für diese wissenschaftliche Arbeit wurde Hartwig Bernitt 2008 die Ehrendoktorwürde verliehen. Die Bundesrepublik Deutschland zeichnete ihn mit dem Bundesverdienstkreuz Erster und Zweiter Klasse aus. Seine Verdienste werden unvergessen bleiben.

Der VERS hat seinen Ehrenvorsitzenden verloren und trauert um einen außergewöhnlichen Menschen, einen Freund.

Dr. Peter Moeller

Suchanzeigen

Häftlinge aus Waldheim

Das schwedische Fernsehen in Göteborg dreht einen kritischen Film über das Möbelhaus IKEA. Diese Firma hat vor dem Mauerfall 1989 Möbel bezogen, die vom VEB Sitzmöbel in Waldheim gefertigt wurden. Dieser Betrieb hatte eine Filiale im Zuchthaus Waldheim, wo Häftlinge gegen einen Hungerlohn Möbel für den Export nach Schweden anfertigten. Das schwedische Fernsehen sucht jetzt ehemalige Häftlinge, die in der Schreinerei des Zuchthauses Waldheim gearbeitet haben.

Meldet Euch bitte bei Kamerad Dr. Jörg Bilke (Waldheim 1962/64), Postfach 1235, 96402 Coburg, Tel. (095 61) 853 88 20, E-Mail joerg.bilke@gmx.de

Hoheneckerinnen!

Wer von den Frauen aus Hoheneck ist Zeuge von Selbstmorden oder Selbstmordversuchen während der Inhaftierung in Hoheneck geworden? Ich selbst habe in der Zeit von 1973 bis Mitte 1975 zwei Selbstmorde erlebt sowie diverse Versuche.

Informationen bitte an Ellen Thiemann, Türnicher Str. 12, 50969 Köln
E-Mail nc-thiemael@netcologne.de

Stasi-Opfer

Mein Name ist Tommaso Tanini, ich bin Fotograf, und meine Wurzeln liegen zur Hälfte in Italien und zur anderen in Ungarn.

Im September 2011 begann ich mit einem Projekt, in welchem ich in Fotoserien Opfer der Staatssicherheit ablichtete.

Ein Teil meiner Familie hat während und unter dem kommunistischen Regime in Budapest gelebt, und gerade diese Tatsache brachte mich dazu, über diese Vergangenheit zu recherchieren und sie durch meine Photographie am Leben zu erhalten. Mein Interesse und meine Neugier sind dem entsprechend sehr persönlich.

Ich bin auf der Suche nach Personen, die von der eigenen Familie oder vom engen Bekanntenkreis ausspioniert oder sogar angezeigt wurden. Da mir die Schwierigkeiten des Themas und der darin involvierten Personen bewußt sind, ist es mir besonders wichtig, vertrauensvoll und verantwortungsbewußt mit diesem Thema umzugehen.

Informationen, Hinweise und Kontakte:
Tommaso Tanini, Via Senese 52, 50124 Firenze, Italia, E-Mail tommminok@gmail.com, Tel. (0039) 33 33 94 14 76, skype: il-magiario

Ausstellung

Gulag. Spuren und Zeugnisse 1926–1956

Eine Ausstellung der Gesellschaft „Memorial“ Moskau und der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora in Kooperation mit der Stiftung Schloß Neuhardenberg, gefördert von der Kulturstiftung des Bundes.

Geöffnet vom 1. Mai bis 24. Juni 2012, dienstags bis sonntags sowie an Feiertagen von 11.00 bis 19.00 Uhr im Schloß Neuhardenberg, Ausstellungshalle, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet 5 Euro pro Person. Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/ Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

Die Liebe in den Zeiten des Übergangs

Was erzählbar wird, ist überwunden. Das legt biographische Parallelen zwischen Autor und Protagonisten nahe – wenn gleich nicht anzunehmen ist, daß Leo Kleinschmidt eigentlich Hans-Henning Paetzke heißen könnte. Nein – dieses Ich ist trotz biographischer Analogien eine erfundene Gestalt, und so wollen wir uns auch an sie annähern. Wenn der Roman also keine leicht verfremdete Autobiographie ist – was ist er dann? Vielleicht ein Liebesroman? Oder ein Familienroman? Oder ein Zeitgeschichtsroman über die dramatischen Jahre zwischen 1989 und 1994? Ich denke: von allem ein wenig.

Diese Multifunktionalität erschließt sich dem Leser nur allmählich. Zunächst wird die Handlung (dargeboten vorwiegend in Form des Briefromans) von einer Liebesbeziehung zwischen dem Deutschen Leo Kleinschmidt, einem Lyriker, Übersetzer und Nachdichter (sic!) und der Polin Teresa bestimmt, die ebenfalls dieser Profession nachgeht. Kennengelernt hat man sich auf einer Tagung in Deutschland – oder sollte ich besser sagen: Da ist die Liebe über beide gekommen wie eine Naturgewalt? Dieser Eindruck entsteht, liest man die sehnsuchtsvollen Briefe, mit denen die Liebenden qualvolle Phasen des Trenntseins zwischen zwei Begegnungen überbrücken. Kompositorisch entsteht so eine strukturbildende Klammer, ein Ariadnefaden, der durch die Erzählwelt leitet. Was um die beiden herum vorgeht – daß nämlich Staaten zerfallen, ein eiserner Vorhang sich öffnet –, wird eher beiläufig erwähnt: Es ist den Liebenden nicht wichtig. Und doch stellt es die Voraussetzung dafür dar, daß der Traum von einer gemeinsamen Zukunft geträumt werden, daß man einander besuchen kann; wohnt doch Leo in „Pekunia“, der westdeutschen Bankenmetropole, Teresa in der polnischen Stadt Onesp. Hindernisse auf dem Weg zueinander sind anderer als politischer Art: Leo ist mit der Ungarin Gizella verheiratet, Teresa hat Mann und zwei Kinder in Polen. Aber im siebenten Himmel scheint jede Hürde überwindbar. Das gibt man einander schriftlich – oft mehrmals am Tag.

Im Februar 1990 enden plötzlich die Briefzitate. Warum sich die Erzählweise ändert, ist nachvollziehbar: Man kann auch in langen (Leos Budget arg strapazierenden) Telefongesprächen Liebeschwüre austauschen, und irgendwann würde es den Leser vermutlich langweilen,

immer wieder zu lesen, was Liebespaare einander zu sagen nicht müde werden. Aber auch die heißeste Liebe muß ihre Bewährungsprobe im Alltag bestehen. Diese Erfahrung bleibt auch Leo und Teresa nicht erspart. In dem Grad, in dem sich die Leidenschaft abkühlt, wächst das Erzähltempo. Das ist ebenso sinnvoll wie die Wahl einer neutralen Erzählinstanz: Die Zeit der Liebesschwüre ist vorbei, und das Erkalten der Gefühle bis hin zur haßerfüllten Konfrontation kann ein Außenstehender besser beschreiben als ein Beteiligter. Der Leser dürfte ohnehin von Anfang an am glücklichen Ausgang der Liaison gezweifelt haben – desto mehr, je realitätsferner die Träume, je leidenschaftlicher die schriftlichen Liebeschwüre ausgefallen sind. Es ist eine alte, aber immer neue Geschichte: Je heftiger die Emphase, desto größer die Enttäuschung. So kann man den Roman ruhig als Exempel dafür lesen, wie blind selbst kluge Menschen im Liebesrausch agieren.

Auch dieser Roman heißt (wie die beiden Vorgängerbände) „Blendwerk“, im Untertitel „Seelenrisse“. Die zeigen sich in der persönlichen Bilanz, die unsere Protagonisten fünf Jahre nach ihrer ersten Begegnung ziehen: Teresa hat sich sowohl von Leo als auch von ihrem zweiten Mann Janusz getrennt. Leo ist von seiner ungarischen Ehefrau ebenfalls geschieden, menschlich enttäuscht und finanziell ruiniert – aber er lernt nach einem „Vortrag an einer siebenbürgischen Universität im Gebirge eine Studentin“ kennen und kann noch „nicht abschätzen, was sich daraus entwickeln“ wird. Vielleicht „da capo al fine“?

Die Geschichte dieser großen, aber gescheiterten Liebe ist zwar der wesentliche, der strukturbildende Handlungsstrang – aber mit ihm sind zahlreiche Nebenhandlungen verknüpft, die sowohl Handlungsorte wie Figurenensemble erheblich ausweiten. Nennen wir zunächst die Handlungsorte: Deutschland West und Deutschland Ost sowie Polen sind eng mit der Liebesgeschichte verbunden; hinzu kommen aber die Lebensstationen der Familienmitglieder und Freunde – die Sowjetunion, Ungarn, Rumänien, die Türkei sowie (wenn auch nur episodisch) Australien und Israel. Da sowohl Leo als auch Teresa ein sexuelles „Vorleben“ und Kinder aus verschiedenen Beziehungen haben, wird „Familie“ zu einem eigenen Kosmos, dessen Verzweigungen mehr oder weniger ausführlich, biswei-

len rückblickend bis ins dritte und vierte Glied dargestellt werden. So dehnt sich auch die Vorgeschichte bis in die dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts aus. Das ist interessant zu lesen und sprengt trotz aller Exotik nicht den Rahmen des Vorstellbaren. Zu dem üppigen Figurenensemble gehören in der „zweiten und dritten Reihe“ interessante, ja exzentrische Gestalten – und vermutlich hat nicht nur der ungarische „Dichter P.“ (György Petri?) ein reales Vorbild. (Aber zu einem Schlüsselroman gehört auch, daß die Schlüssel gut versteckt sind.) Neben Künstlern begegnen wir Menschen, die zwischen den politischen Systemen lavieren oder zerrieben werden. Die Skala reicht vom SS-Offizier bis zum Securitate-Spitzel oder den Personenschützern für SED-Politbüro-Mitglieder. „Seelenrisse“ haben bei diesem doppelten Spiel nicht alle davongetragen. Mimikry funktioniert schließlich in jedem System – „Blendwerk“ eben.

So bekommt der Titel des Romanepos doppelte Symbolfunktion – zum einen bezieht er sich auf die Liebesblindheit der Protagonisten, zum anderen auf die zahlreichen Methoden der Täuschung und Verblendung. Was im privatesten Bereich stattfinden wird, solange es Menschen gibt, wird auch in immer neuen Formen das politische Leben durchdringen – und Blendern wird es immer wieder gelingen, Menschen zu verführen.

Diese Botschaft dürfte dem Autor die Zustimmung der meisten Leser sichern. Ob er damit auch Verblendeten die Augen öffnen kann, ist schon weniger gewiß. Ein lesenswertes Buch, ein multifunktionaler Roman auch, den jeder Leser ein wenig anders rezipieren wird, weil viele Fragen nur aufgeworfen, nicht aber beantwortet werden – ganz wie im wirklichen Leben. In diesem Sinne: Respekt, Hans-Henning Paetzke!

Elke Mehnert



.....
Hans-Henning Paetzke: *Blendwerk. Seelenrisse*, Engelsdorfer Verlag 2011, 278 S., 14,- €

.....

Gerhard Löwenthal

Am Anfang seines politischen Lebens stand die doppelte Erfahrung des Totalitarismus. In der NS-Zeit wurde er als Jude nicht nur einmal verhaftet, und es war mehr als ein großes Glück, daß er im Gegensatz zu seiner Familie das Kriegsende überlebte. Doch nur drei Jahre später kam die Berliner Blockade, und für ihn begann der Einsatz für ein freies Berlin sowie für

lichen Studenten „drüben“ unterstützte (seitdem stand der Rezensent mit ihm in engerer Verbindung).

1968 übertrug man ihm die Leitung des ZDF-Magazins, das primär dem Gedanken an die Wiedervereinigung Deutschlands dienen sollte. Innerhalb von 19 Jahren strahlte es 585 Sendungen aus. Nebenher hielt Löwenthal in seinem Leben über 1000 Reden und Vorträge mit jeweils 500 bis 5000 Zuhörern, ebenso stammen überaus viele Zeitungsartikel aus seiner Feder.

In der DDR war das ZDF-Magazin „die meistgesehene Fernsehsendung aus dem Westen“, und mit seiner Glaubwürdigkeit nahm es erheblichen Einfluß auf die Meinungsbildung der Bevölkerung jenseits der Mauer. Daß Löwenthal beim dortigen MfS zum Staatsfeind Nummer 1 aufrückte, kann nicht überraschen. Seine Akte bei der Staatssicherheit umfaßt dann auch rund 30 000 Seiten. MfS-Chef Mielke schrie zornig: „Der Kerl muß weg!“ Doch alle Versuche, ihn mit einer Nazi-Vergangenheit zu verleumden, blieben erfolglos. Größtes Ärgernis in der Normannenstraße war die Ausstrahlung der ZDF-Reihe „Hilferufe von drüben“, aufgrund deren ständiger Appelle Ost-Berlin viele politische Häftlinge freiließ. Über die von Löwenthal 1978 gegründete gleichnamige Privat-Organisation verfaßte das MfS 3553 Aktenseiten und setzte 83 DDR-Spione auf sie an.

Löwenthal gehörte nie einer Partei an, er sah sich auch nicht als „Rechter“, sondern zur „radikalen Mitte“ gehörend. War er lange Jahre ein SPD-Wähler und Befürworter Willy Brandts, so änderte sich dies schlagartig durch dessen Formulierung in seiner ersten Regierungserklärung von „zwei deutschen Staaten“ – womit er der DDR eine Gleichberechtigung neben der Bundesrepublik zuerkannte und nicht mehr das Wort „Wiedervereinigung“ benutzte. Löwenthals ständige Mahnung, die deutsche Einheit sei als Staatsziel in der westdeutschen Verfassung verankert, blieb erfolglos.

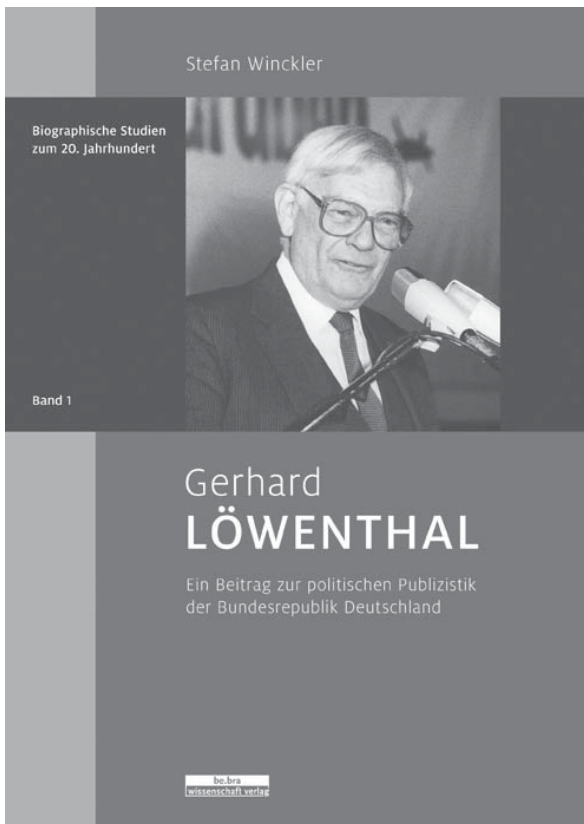
Heutzutage hört man es im Westen Deutschlands nur sehr ungern, aber es sind leider Tatsachen: Mit seinem Beharren auf der Wiedervereinigung wurde er im Laufe der Jahre ein „einsamer Rufer“. Es spricht nicht für eine politische Reife vieler Bundesbürger jener Jahre, wenn trotz Diktatur im anderen Teil Deutsch-

lands der Antikommunismus zusehends als „ewiggestrig“ und „entspannungsfeindlich“ bewertet wurde. Löwenthal sprach stets nur die Wahrheit aus über die Zustände in der DDR – wenn auch in sehr offener Form – und erinnerte immer wieder an die politischen Häftlinge. Dennoch glaubte ausgerechnet „Die Zeit“, ihm „partielle Blindheit“ vorwerfen zu können. Man muß es eingestehen: Viele Menschen in der Bundesrepublik hatten am Schicksal der politischen Gefangenen der DDR kaum Interesse, derartiges störte nur ihren persönlichen Frieden und ihr privates Wohlergehen. Geradezu beschämend war das Verhalten vieler Studenten damals, sowohl in ihrem Demokratie- und Toleranzverständnis als auch in ihrem Wissen vom „Sozialismus“ östlicher Prägung. Bei seinen Vorträgen vor westdeutschen Universitäten versuchten ihre Sprechchöre mit Trillerpfeifen und Stinkbomben, mit dem Werfen von Stühlen auf ihn seine Äußerungen zu unterbinden. Er wurde, wie es im Buch formuliert ist, „regelrechtes Haßobjekt“. Verständlich, daß er Vergleiche zwischen diesen Fanatikern linker Ausrichtung zog und der einstigen Hitler-Jugend, die ihn mit ihrem Haß auf alles Jüdische verprügelte.

Sogar die Justiz beugte sich dem Zeitgeist: Als ein Student ihm eine Ohrfeige verpaßte, hatte die Richterin Verständnis, denn der Täter hätte „nicht viel andere Möglichkeiten, sein Mißfallen an dessen Sendungen auszudrücken“. In einem anderen Gerichtssaal war zu hören, „es müsse erlaubt sein öffentliche Auftritte wie Löwenthal zu verhindern!“ Aber auch mancher ZDF-Redakteur meinte im Zuge seines Verständnisses von Meinungsfreiheit, „seine Sendungen seien nicht zu ertragen“. Viele wollten nicht in einem Gespräch mit ihm gesehen werden. Selbst die Unterstützung der ZDF-Intendanz ließ nach: Seine Sendezeiten wurden rarer, am Ende verabschiedete man ihn entgegen der üblichen Art beim Sender „ganz ohne Dank und Würdigung“. In Ost-Berlin hingegen feierten, wie man heute weiß, Stasi-Offiziere dies mit Sekt.

Gerhard Löwenthal war in jener Zeit der Teilung Deutschlands, so resümiert das Buch, „der mutigste Journalist in der Bundesrepublik Deutschland“. Dem kann man nur zustimmen.

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Stefan Winckler: *Gerhard Löwenthal. Ein Beitrag zur politischen Publizistik der Bundesrepublik*, Bebra Wissenschaft Verlag, Berlin 2011, 408 S., 46,- €

die Menschen in der Sowjetzone, wo eine deutsche Diktatur entstand. Freiheit wurde für ihn erneut der wichtigste Wert. 1946 kam er zum RIAS; ein Jahr später leitete er dessen Hochschulfunk mit seinen Sendungen über die Geisteswelt im Westen, der den Widerstand der freiheit-

Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
(030) 23 24-70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr

Freitag 8.00–14.00 Uhr

Veranstaltungen

23.4. (Mo), 18.00 Uhr:

Operation „Ikarus“. Fluchtversuch mit selbstgebaute Flugzeug. Vortrag u. Zeitzeugengespräch mit Michael Schlosser; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt u.a.; Ort: Grenz-museum „Schiffersgrund“, Platz der Wiedervereinigung 1, 37318 Asberg-Sickenberg

23.4. (Mo), 19.00 Uhr:

Zur Geschichte der Haftanstalt Magdeburg-Neustadt 1945-1956. Vortrag u. Gespräch mit Alexander Bastian, Otto-v.-Guericke-Universität Magdeburg; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Magdeburg u.a.; Ort: Gedenkstätte Moritzplatz, Umfassungsstr. 76, 39124 Magdeburg

24.4. (Di), 19.00 Uhr:

Einflußnahme des Ministeriums für Staatssicherheit auf gerichtliche Entscheidungen. Vortrag u. Gespräch mit Herbert Ziehm; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland, Obotritenring 106, 19053 Schwerin

24.4. (Di), 19.30 Uhr:

Widerstand, Verfolgung und Strafjustiz in den Marineverbänden der DDR 1950-1956. Vortrag u. Gespräch mit Dr. Ingo Pfeiffer; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Volkshochschule Rostock, Am Kabutzenhof 20, 18057 Rostock

25.4. (Mi), 19.00 Uhr:

1962 – Neue Signale. Veränderungen in der DDR im Schatten des Mauerbaus. Kurzvortrag v. Elena Demke, Historikerin, Diskussion mit Dr. Burghard Ciesla, Historiker, Fred Ebeling, Zeitzeuge, Dr. Elke Stadelmann-Wenz, Historikerin, Dr. Stefan Wolle, Historiker, u.a.; Veranstaltung d. LStU Berlin u.a.; Ort: Vertretung d. Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstr. 18, Berlin-Mitte

25.4. (Mi), 19.00 Uhr:

Ausländer in der DDR und die Wurzeln des Fremdenhasses. Podiumsdiskussion mit Oliver Reinhard, Journalist, Xing Hu Kuo, ehem. politischer Häftling in Bautzen II, Ines Geipel, Autorin; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

26.4. (Do), 14.00-20.30 Uhr:

Besuchertag. 14.30-16.30 Uhr: Archivführungen; 18.00 Uhr: Schatten auf dem Eis. Wie die Staatssicherheit der DDR den Eislaufsport überwachte. Podiumsdiskussion mit Thomas Purschke, Sportjournalist, Dr. Sepp Schönmetzler, Eiskunstlauf-Fachjournalist, Marie Katrin Kanitz, ehem. Spitzensportlerin u. Herbert Fischer-Solms; 19.30 Uhr: 55. Ausstellungseröffnung „Kunst im Lesesaal“ – Malerei von Natalia Simonenko; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

Der Wurzeln beraubt

(VT) Plötzlich stehen Lastkraftwagen vor der Tür. Sie waren nicht bestellt. Uniformierte wecken die Familie kurz vor Tagesanbruch mit Sturmklingeln. In vier Stunden sollen die privaten Sachen gepackt sein. Was bis dahin nicht eingeladen ist, darf nicht mitgenommen werden.

Die Geschichte der Familie von Otto Schönemann klingt, als würde sie in Ostpreußen spielen – wie vor fast 70 Jahren, als die Menschen in Trecks vor der nahenden Front fliehen mußten. Aber sie spielte 1961, nahe der Elbe in der ältesten Stadt der Prignitzregion – in einem kleinen über 1000 Jahre alten Ort an der innerdeutschen Grenze. Es trifft eine Handwerkerfamilie mit 99jähriger Tradition.

Der Sohn des Handwerkers ist der Autor dieser wahren Geschichte. Als 20-Jähriger trifft ihn und die 60jährigen Eltern die Aktion „Festigung“ der DDR-Führung. Im Parteideutsch der SED waren Auszusiedelnde „Ungeziefer“, deren Traumatisierung erst nach dem Untergang der DDR aufbricht.

Tränenpalast

Deutsch-deutsche Fluchtgeschichten gibt es inzwischen einige auf dem Markt, nun folgt eine besonders anrührende Schilderung, eigentlich eine Liebeserklärung, die Lebensschilderung zweier Menschen, die durch die deutsche Teilung besonders betroffen waren und zusammen sein wollten.

Marie aus der DDR bekommt die Adresse von Norbert aus der Bundesrepublik Deutschland, es ist mehr zufällig. Nach einigen Briefen kommt es zum ersten Treffen in Ost-Berlin. Dabei erlebt der junge Mann aus Niedersachsen die brutale Wirklichkeit des „Tränenpalastes“, der Grenzkontrolle zwischen Ost- und West-Berlin, die er in den nächsten Jahren immer wieder erleben muß. Alles wirkt exotisch auf ihn. Der Muff der DDR ist noch heute in dem Buch förmlich spürbar, so plastisch sind die Schilderungen.

Die jungen Menschen verlieben sich ineinander, mit all dem Streß, der sich durch die lediglich für den Mann durchlässige Grenze ergibt. Sie wollen einfach nur zusammen sein. Eine Übersiedlung in die DDR kommt für ihn nicht in Betracht, er durchschaut sehr schnell die Zwänge dieser SED-Diktatur. Ein Ausreisearbeit für Marie würde Jahre dauern, also be-

Der Autor beschreibt seine persönlichen Erlebnisse aus der Perspektive eines Opfers der kommunistischen Diktatur. Er setzt Tausenden Zwangsausgesiedelten mit diesem Buch ein literarisches Denkmal, reflektiert die politischen Bedingungen in der DDR, die Repressalien und Beschränkungen, aber auch den Zusammenhalt und die gegenseitige Hilfe der Menschen untereinander. Enttäuscht resümiert er die völlig unzureichende Aufarbeitung der SED-Diktatur, den ungeahnt milden juristischen Umgang mit den Tätern seit 1990 sowie die saturierten Renten für das SED- und Stasi-Führungspersonal. Die Politik verweigert den Zwangsausgesiedelten bis heute die Herstellung ihrer Würde. Sie erhielten bisher nicht einen Cent Entschädigung.



Ernst-O. Schönemann: *Der Wurzeln beraubt. Zwangsausiedlung 1961 und die Folgen*, OEZ Berlin-Verlag, Berlin 2011, 357 S., 19,90 €

schließen sie die Flucht von Bulgarien über Jugoslawien und Österreich.

Mit viel Energie wird ein VW-Transporter umgebaut, alles genau geplant, dann beginnt die spannende Reise. In ungeheurer Dichte und Spannung wird der Ablauf der Grenzabfertigung, die anders verläuft als erwartet, geschildert. Deshalb soll hier auch nicht verraten werden, ob die Fluchthilfe wirklich erfolgreich ist oder scheitert.

Das Buch zeigt die Herzlosigkeit des DDR-Staates, dem trotz seines Anspruchs „Im Mittelpunkt steht der Mensch“ die Liebe zwischen Menschen völlig gleichgültig war, wenn sie sich nicht systemkonform verhielten. Außergewöhnlich und sehr empfehlenswert ist diese Geschichte, die nicht nur einmal tiefe Emotionen weckt.

Hermann Schulze



Norbert Sievers: *Tränenpalast. Eine Liebe im geteilten Deutschland*, TRIGA – Der Verlag, Gründau-Rothenberg 2012, 208 S., 14,90 €

In der Wahrheit leben

Ludwig Mehlhorn, der Dissident und Mittler zwischen den Kulturen, hinterließ zahlreiche Schriften. Ein knappes



.....
In der Wahrheit leben. Texte von und über Ludwig Mehlhorn, Hg. Stephan Bickhardt, Schriftenreihe d. Sächsischen LStU, Evangelische Verlagsanstalt Leipzig 2012, 304 S., 13,80 €

Jahr nach seinem viel zu frühen Tod versammelt der vorliegende Band Texte von ihm und über ihn. Neben den Schriften Mehlhorns zeichnen Historiker, Wegbegleiter und Freunde den Lebensweg des Bürgerrechtlers auf eindrückliche Weise nach. Sie geben Einblick in seine Kindheit im Erzgebirge und in sein Engagement in der Evangelischen Studentengemeinde und bei Aktion Sühnezeichen. Die Texte erzählen von seinen Kontakten zur polnischen Opposition und von

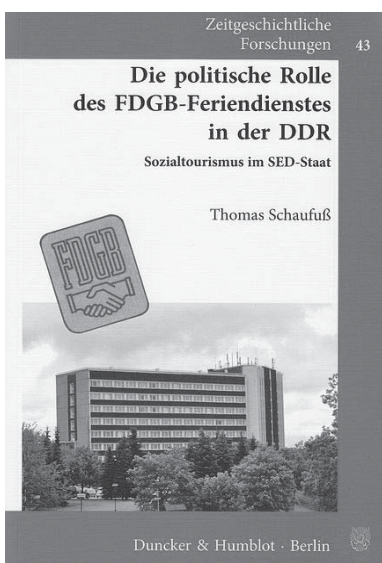
seinem Wirken als Mitbegründer von Demokratie Jetzt.

Mehlhorn, der in kirchennahen Gruppen arbeitete, der Lesungen in seiner Wohnung organisierte, selbst oppositionelle Schriften verfaßte oder aus Polen in die DDR schmuggelte und übersetzte, stand im Fokus der Staatssicherheit. Sein Engagement als Christ führte ihn in die Opposition gegen die Diktatur und für eine Zivilgesellschaft und auch gegen bequemen Gleichheitspopulismus nach 1989. Die europäische Verständigung zwischen Ost und West galt ihm als wichtige Gegenwartsaufgabe. Ohne ihn wäre die 1998 eröffnete internationale Jugendbegegnungsstätte in Kreisau kaum denkbar gewesen. Eine mit ihm konzipierte deutsch-polnische Ausstellung bleibt sein Zukunftsvermächtnis. Der grenzüberschreitende Erfahrungsvergleich gibt dem Erlebten eine europäische Perspektive. Insofern gilt für ihn der lebensbilanzierende Satz: ein Deutscher und Europäer im zeitweiligen unfreiwilligen Zölibat der DDR-Existenz.

Lutz Rathenow
 Sächsischer Landesbeauftragter
 für die Stasi-Unterlagen

Schöner Schein

(VT) Autor Thomas Schaufuß erläutert die politischen Innen- und Außenansichten des FDGB-Ferendienstes der DDR, vergleicht den Ferendienst mit dem KdF und deckt die bisher unbekanntesten Hintergründe und politischen Verflechtungen im System des SED-Staates auf. Als Fallbeispiel analysiert er das prestigeträchtige FDGB-Erholungsheim „Am Fichtelberg“.



.....
Thomas Schaufuß: Die politische Rolle des FDGB-Ferendienstes in der DDR. Sozialtourismus im SED-Staat. Mit Geleitworten von Vera Lengsfeld u. Klaus Schroeder, Duncker & Humblot 2011, 469 S., 38,- €

Wann immer sich ehemalige DDR-Bürger erinnern, gewinnt man den Eindruck, es gab zwei Länder mit dem Namen DDR.

Für die einen ein Unrechtsstaat, für die anderen ein Land mit preiswertem Urlaub an der Ostsee, im Erzgebirge und mit gemeinschaftlichen Brigadefeiern. Daß die hochsubventionierten preisgünstigen Ferientage ein Teil der SED-Politik und somit der sozialistischen Diktatur waren, wird anhand einer umfangreichen Aktenstudie dokumentiert. Der Ferendienst des FDGB war Lockmittel, schöner Schein und zugleich Hauptbestandteil der DDR-Sozialpolitik.

Der mitgliederstärksten Massenorganisation der DDR, dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund FDGB, wurde dabei eine herausragende Rolle bei der Durchsetzung der politischen Ziele zuteil. Der Autor legt die politische Rolle des FDGB-Ferendienstes von 1949 bis 1989 dar und zeichnet die Facetten der Reisemöglichkeiten und ihre Verteilung nach. Er stellt die Wechselbeziehung zwischen DDR-Planwirtschaft und den Bedürfnissen der Urlauber bis zur Auflösung der Einheitsgewerkschaft dar.

Veranstaltungen

26.4. (Do), 19.00 Uhr:

Humanitäre Organisation und Nachrichtendienst: **Die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) im Notaufnahmeverfahren.** Vortrag u. Diskussion; Veranstaltung d. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde; Ort: Erinnerungsstätte, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

26.4. (Do), 19.00 Uhr:

Die Untersuchungshaftanstalt (UHA) der Bezirksverwaltung Leipzig des MfS. Ref. Martin Albrecht; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

10.5. (Do), 18.00 Uhr:

Die heile Welt der Diktatur? Herrschaft und Alltag in der DDR. Im Rahmen des 23. Bautzen-Forums Ausstellungseröffnung u. Podiumsgespräch mit Stefan Wolle, DDR-Museum Berlin, Silke Klewin, Gedenkstätte Bautzen, u. Sven Felix Kellerhoff, Die Welt; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

10.5. (Do), 19.00 Uhr:

Fluchthilfe im geteilten Deutschland. Einführungsvortrag v. Dr. Marion Detjen, HU Berlin, Podiumsdiskussion mit Hartmut Richter, ehem. Fluchthelfer u. Häftling d. Potsdamer Stasi-Gefängnisses, Dr. Peter Schulenburg, Rechtsanwalt u. ehem. Fluchthelfer, Dr. Maria Nooke, Stiftung Berliner Mauer; Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße u.a.; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

15.5. (Di), 18.00 Uhr:

Entspannung und Abrüstung im Kalten Krieg. Der KSZE-Prozeß und seine Auswirkungen auf die innenpolitischen Situationen in Ost und West. Veranstaltungsreihe „2x Deutschland. Innerdeutsche Beziehungen 1972-1990“; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

15.5. (Di), 19.00 Uhr:

Die Situation der Jugend im heutigen Kuba. Film und Zeitzeugengespräch mit Maricel Felicó u. Boris Luis Santa Coloma; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer d. Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

15.5. (Di), 19.30 Uhr:

Der Wurzeln beraubt. Zwangsaussiedlung 1961 und die Folgen. Mit Autor Ernst-O. Schönemann, stellv. Bundesvorsitzender der UOKG, u. Detlef W. Stein, Verlagsleiter; Veranstaltung des OEZ Berlin-Verlages; Ort: Wolf Dietrich-Schnurre-Bibliothek, Bizetstr. 41, 13088 Berlin-Weißensee



20.5. (So), 10.00-18.00 Uhr:

„**Normale und gutnachbarliche Beziehungen?**“ Dokumentarfilme; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

20.5. (So), 10.00-12.00 Uhr:

Internationaler Museumstag 2012. 10.00-12.00 Uhr: Antragsstellung u. Beratung z. Akteneinsicht, Ausstellungen, Publikationen u.a.; 10.00 u. 10.30 Uhr: Archivführungen; 11.00 Uhr: Virtuelle Rekonstruktion von Akten. Vortrag v. Joachim Häußler u. Johannes Arenhövel, BStU; Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

21.5. (Mo), 18.00 Uhr:

Angepaßt aus Angst – oder an die Angst? Veranstaltungsreihe Anpassung; Vortrag v. Prof. Mary Beth Stein, George-Washington-University, Washington D.C.; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

24.5. (Do), 19.00 Uhr:

Vor 60 Jahren. Die „Aktion Ungeziefer“. Vortragsveranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.d. Stiftung Berliner Mauer; Ort: Besucherzentrum d. Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

24.5. (Do), 19.00 Uhr:

Die Widerstandsgruppe Theodor Neubauer/Magnus Poser (1939-1945). Vortrag v. Martin Seiffert, Historiker; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek Lindenstraße u.a.; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

29.5. (Di), 19.00 Uhr:

Terror und Ideologie. Zur Eskalation der Gewalt im Leninismus und Stalinismus (1905-1937/1941). Buchpräsentation mit Autor Dr. Richard Buchner, Historiker; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

30.5. (Mi), 19.00 Uhr:

1962 – Abschied vom bekennenden Justizterror. Auf dem Weg zum „Rechtspflegeerlaß“. Kurzvortrag v. Prof. Dr. Rainer Schröder, Rechtshistoriker, Diskussion mit Dr. Falco Werkentin, Soziologe, Dr. Renate Werwigk-Schneider, wiederholt verurteilt wegen „Republikflucht“, Monika Nöhre, Präsidentin des Kammergerichts u.a.; Veranstaltung d. LStU Berlin u.a.; Ort: Kammergericht, Elßholzstr. 30, Berlin-Schöneberg

31.5. (Do), 14.00–19.30 Uhr:

Besuchertag. 14.30-16.30 Uhr: Archivführungen; 18.00 Uhr: Zwischen Widerstand und Opposition. Studenten der TU Dresden 1946-1989. Vortrag zum Buch mit Autor Dr. Matthias Lienert; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

Der dunkle Ort

(VT) Bautzen kennt jeder, in der dortigen Justizvollzugsanstalt saßen die Männer ein Die wenigsten aber wissen, daß es in der DDR auch ein Frauengefängnis mit ähnlich brutalen Zuständen gab: die Strafvollzugsanstalt Hoheneck im sächsischen Stollberg. Eine Burg mit hohen Mauern, Stacheldraht und Elektrozäunen. Hier saßen nicht nur Kriminelle, sondern auch Regimegegnerinnen und Republikflüchtige. Die Gefangenen litten unter Kälte, minderwertigem Essen und dem brutalen Wachpersonal. In drei Schichten wurde Tag und Nacht in den Gefängnisbetrieben gearbeitet. 1961 kamen immer mehr Republikflüchtige. In den 1970er Jahren saßen zeitweise über 1600 Frauen in dem hoffnungslos überbelegten Zuchthaus.

Die Opfer des SED-Regimes werden öffentlich kaum wahrgenommen. Doch die Leidtragenden einer Diktatur dürfen nicht vergessen werden. In dem Buch erzählen 25 Frauen, die zwischen 1949 und 1989 als politische Gefangene inhaftiert waren, von ihren Erlebnissen in Hoheneck.

.....
Dirk v. Nayhaus/Maggie Riepl: *Der dunkle Ort. 25 Schicksale aus dem DDR-Frauengefängnis Hoheneck*, Bebra Wissenschaft Verlag 2012, 144 S., 19,95 €
.....

Vorankündigung

Demnächst erscheint das Buch „Herzungen oder Leben zu den Horizonten der Sehnsucht“ als zweiter Band einer Trilogie über die äußeren und inneren Kämpfe des ehemaligen politischen Häftlings Herzungen (1. Band „Traum vom Finden“, s. 6/2010, S. 18).

.....
Jürgen Schmidt-Pohl: *Herzungen oder Leben zu den Horizonten der Sehnsucht*, Pohlit Verlag 2012, 300 S., 22,- €
.....

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 21. und 28. April sowie am 5., 12., 19. und 26. Mai, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im März und April Geburtstag haben

Heinz Wulff am 1. März, Rudolf Hannebauer, Erich Kirsch, Helma v. Nerée am 2. März, Werner Röseberg am 4. März, Manfred Smala am 5. März, Alfred Ganzer am 8. März, Roland Brauckmann am 10. März, Erwin Wüst am 12. März, Wolfgang Schirner am 13. März, Brigitte Durineck, Joachim Winkler am 15. März, Reinhard Dobrinski, Gert Hoppe, Dieter Witte am 18. März, Manfred Malmström, Edith Schulz am 21. März, Wolfgang Schuranski, Peter Stimming am 23. März, Karl-Dietrich Rösch am 25. März, Gisela Grothe am 26. März, Joachim Nitsch, Gerd Sommerlatte am 27. März, Richard Schulze am 28. März, Hannelore Döring am 29. März, Anneliese Spengeler am 1. April, Kurt Neumann am 2. April, Margot Franke am 3. April, Manfred Isikli am 4. April, Werner Weiße am 5. April, Horst Kerkow am 7. April, Hans-Jürgen Rief, Manfred Schulze, Holger Streicher am 9. April, Gerhard Gleich am 10. April, Klaus-Jürgen Finke am 11. April,

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1
10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo-Fr, 14-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kerstin Kuzia (Thema DDR-Heime u. JWH),
Do 11-16 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39
E-Mail kuzia@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1
10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik
Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Horst Lüttich am 12. April, Hans Keiling am 13. April, Werner Rösler, Rudi Rössel, Karl Zschörnig am 22. April, Silvia Stimming am 23. April, Harry Hinz, Joachim Lauterbach am 24. April, Dieter Genoske am 25. April, Willy Bleschke, Bernd Jugendheimer, Peter Kiethe am 27. April, Helmut Zock am 28. April

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Jürgen Antlitz, Rosemarie Barth, Peter Briedigkeit, Gerhard Brose, Margarete Erdmann, Heike Fegeler, Anneliese Gabel, Waltraud Garzon Viola-Edayi, Horst Großmann, Hans-Joachim Heinke, Lieselotte Helms, Werner Henning, Dr. Günter Herrmann, Manfred Hofmann, Helmfried Huschak, Werner Keller, Otto Klingbiel, Olaf Knorre, Walter Lattorf, Willi Leppler, Günther Müller, Jens Müller, Irmgard Nitz, Eike Christine Radewahn, Waltraud Rathnow, Siegbert Schmolke, Renate u. Lothar Scholz, Klaus Schönberg, Günter Schreiber, Wolfgang Schweigler, Dr. Friedhelm Thiedig, Karl Wruck, H. Wüstemann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Treffen Einfach und Gründlichkeit zusammen, entsteht Verwaltung.

Oliver Hassencamp

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

E-Mail: bsvbb@yahoo.de

Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1 10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Konto: BSV-Förderverein

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Nr. 665 52 45 01

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner

Verbandskoordination: Carola Schulze,

Florian Kresse, Katrin Behr

Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40

Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,

Tel. (030) 55 77 93 51

Ruschestr. 103, Haus 1

10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: Info@uokg.de


UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,

Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com
Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. März 2012

